

Impressum

2

Herausgeber

SPD-Bezirk Hannover Odeonstraße 15/16 30159 Hannover

Verantwortlich

Erika Huxhold, leitende Geschäftsführerin

Gestaltung

Christoph Matterne, Geschäftsführer

Redaktion

Angelika Massing Christoph Matterne Marga Süsselbeck

Druck

Druckerei, Kopier- und Versandservice im Kurt-Schumacher-Haus, Hannover

Internet

www.spd-bezirk-hannover.de

Telefon

(05 11) 16 74-27 5

Telefax

(05 11) 13 17 57 7

E-Mail

info@spd-bezirk-hannover.de

Inhaltsverzeichnis

Politischer Bericht	
Zum Geleit von Stefan Schostok MdL	6
Politischer Bericht des Bezirksvorstandes	7
Mitglieder des Bezirksvorstandes	15
Tätigkeitsbericht des Bezirksvorstandes	16
Mitglieder des Bezirksbeirates	19
Tätigkeitsbericht des Bezirksbeirates	20
Schiedskommission des Bezirks	21
Bildungskommission	22
"Gestern – heute – morgen. 150 Jahre SPD"	24
Finanzen	
Finanzbericht des SPD-Bezirks Hannover 2011 bis 2013	28
Einnahme- / Ausgabenrechnung, Vermögensbilanz für das Jahr 2011	36
vorl. Einnahme- / Ausgabenrechnung, Vermögensbilanz für das Jahr 2012	38
Revisionsbericht	40
Die aktive Partei	
AG für Arbeitnehmerfragen (AfA)	41
AG für Bildung (AfB)	42
AG Selbstständige in der SPD (AGS)	42
AG sozialdemokratischer Frauen (AsF)	43
AG der SozialdemokratInnen im Gesundheitswesen (AsG)	45
AG sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (AsJ)	47
AG verfolgter Sozialdemokraten (AvS), Arbeitskreis Rechtsextremismus	49
AG der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos)	49
AG 60 plus (Senioren)	51
AG Schwusos	52
AG "Selbst Aktiv" – Behinderte Menschen in der SPD	53
Arbeitskreis "Tierschutz"	54
Bernd Lange MdEP berichtet aus dem Europaparlament	56
Serviceteil	
Impressum	2
Inhaltsverzeichnis	3
Gedenken an die Verstorbenen	_4
Vorsitzende in den SPD-Unterbezirken	60
Abgeordnete des SPD-Bezirks Hannover	61
Mitgliederentwicklung 2001 bis 2012	62
Büros der Unterbezirke im SPD-Bezirk Hannover	63
Namensverzeichnis	65
Telefonverzeichnis Kurt-Schumacher-Haus	70

Gedenken an die Verstorbenen



"Die Zukunft ist offen – voll neuer Möglichkeiten, aber voller Gefahren. Deshalb müssen Fortschritt und soziale Gerechtigkeit demokratisch erkämpft werden. Den Menschen verpflichtet, in der stolzen Tradition des demokratischen Sozialismus, mit Sinn für Realität und mit Tatkraft stellt sich die deutsche Sozialdemokratie in der Welt des 21. Jahrhunderts ihren Aufgaben.

Für dauerhaften Frieden und für die Sicherung der ökologischen Lebensgrundlagen. Für eine freie, gerechte und solidarische Gesellschaft. Für die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung aller Menschen – unabhängig von Herkunft und Geschlecht, frei von Armut, Ausbeutung und Angst."

So beginnt unser Hamburger Programm. Als Mitstreiter im Kampf für eine bessere Gesellschaft haben wir in den letzten zwei Jahren durch Tod über 1.000 Genossinnen und Genossen verloren.

Viele waren über einen sehr langen Zeitraum Mitglied unserer Partei, einige hatten wichtige Funktionen oder Mandate. Jeder hat für unsere Ziele gestritten.

Den Verstorbenen gilt unser Dank für ihr Wirken zum Wohle der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Unterbezirk Celle

Hedi Teichgräber, Eschede

Unterbezirk Diepholz

Reinhard Steenblock, Syke Hans-Jürgen Urbroch, Syke

Unterbezirk Göttingen

Herbert Benkelberg, Hann. Münden Rita Fricke, Göttingen Dr. Martin Hasselhorn, Bovenden Frank Fahlbusch, Göttingen Hildegard Jänicke, Duderstadt Horst Kolle, Göttingen

Unterbezirk Hameln-Pyrmont

Erna Glatzke, Hameln Lambert Hupe, Bad Münder Manfred Klauder, Bad Pyrmont

Unterbezirk Region Hannover

Erich Backhaus, Herrenhausen-Stöcken Katja Beilschmidt, Oststadt-Zoo Jutta Brauer, Bothfeld Helmut Kasimier, ehem. Vorsitzender der Landtagsfraktion und Finanzminister a.D., Groß-Buchholz Hans Kohl, Kirchrode / Bemerode / Wülferode

Gedenken an die Verstorbenen

Horst Niebuhr, Seelze Friedrich Noack. Neustadt

Unterbezirk Hildesheim

Karl Baßek, Bad Salzdetfurth Wilhelm Hache, Silium Gerhard Heine, Sehlem Ingeburg Rappe, Sarstedt Karl Terzenbach, Moritzberg Friedchen Wulfes, Gronau

Unterbezirk Landkreis Harburg

Hans Engelmann, Buchholz Hanne Lore Ganzer, Tostedt Inge Rosenkranz, Seevetal

Unterbezirk Landkreis Holzminden

Rüdiger Butte, Everstein Hermann Gutacker, Eschershausen Erwin Mittendorf, Delligsen Friedhelm Röttger, Fürstenberg Reinhold Schultert, Everstein

Unterbezirk Lüneburg

Peter Doneck, Ilmenau Rainer Stoephasius, Adendorf Alfred Trebchen, Lüneburg

Unterbezirk Nienburg

Alfred Bretthorst, Nienburg Heinz Intemann, Balge Hannelore Podolski, Hilgermissen

Unterbezirk Northeim-Einbeck

Kurt-Joachim Braun, Suterode Otto Froböse, Altes Amt Wilhelm Lüdecke, Northeim Renate Molle, Lauenberg Elisabeth Schwarz, Bad Gandersheim Rosemarie Seguin, Bodenfelde

Unterbezirk Schaumburg

Jürgen Evers, Rinteln Heinrich Geisler, Bückeburg Elisabeth Wehmeier, Pollhagen

Unterbezirk Uelzen-Lüchow/Dannenberg

Doris Berg-Wachter, Dannenberg Alfred Schön, Lüchow Dr. Peter Struck, Bundesminister der Verteidigung a.D., Uelzen

Die hier genannten stehen stellvertretend für die im Berichtszeitraum von Juni 2011 bis Mai 2013 in unseren Unterbezirken verstorbenen Genossinnen und Genossen.

Zum Geleit | Bezirksvorsitzender Stefan Schostok

Liebe Genossinnen und Genossen,

in unserer vergangenen Wahlperiode seit Mitte 2011 sind mit den Kommunalwahlen und den Landtagswahlen in Niedersachsen gute Voraussetzungen auf die Bundestagswahlen am 22. September getroffen worden. Gerade mit dem Gewinn der Landtagswahlen Ende Januar 2013 sind Weichen für mögliche erfolgreiche Wahlen im Herbst gestellt worden.

Stephan Weil als Niedersächsischer Ministerpräsident und mit ihm die SPD haben sich im Wahlkampf auf die entscheidenden Themen konzentriert, diese Themen stellen auch aus niedersächsischer Sicht die zentralen Herausforderungen für die Bundestagswahl und einen politischen Wechsel in Berlin da:

- Die Blockaden in der Bildungspolitik müssen beseitigt werden. Im Bund müssen die Hürden für eine Reform der Bildungsfinanzierung von Bund, Land und Kommunen beseitigt werden, dazu gehören das Betreuungsgeld abgeschafft und die Blockaden durch das Kooperationsverbot aufgehoben. In Niedersachsen sind zentraler Maßstab der Elternwille und neue Gestaltungsmöglichkeiten der kommunalen Schulträger. Die Hürde der Fünfzügigkeit für die Gründung der Gesamtschulen wird in den kommenden Monaten beseitigt werden. Vierzügige Gesamtschulen, in Ausnahmen die Dreizügigkeit, entsprechen dem Elternwillen. Dass Schülerinnen und Schülern ihren Wunsch nach Besuch einer Gesamtschule nicht erfüllt bekommen, muss zukünftig der Vergangenheit angehören. Auch das Turbo-Abi hat für zu großen Stress an den Schulen gesorgt. An Gesamtschulen wird es abgeschafft. Auch an Gymnasien muss über die Zukunft in einem fairen Dialog

- mit den Eltern, Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern und Schulleitungen über das Turbo-Abi und wie der Stress abgebaut werden kann, gesprochen werden.
- Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und zunehmend viele Branchen und Betriebe verlangen, dass "Gute Arbeit" zum Maßstab der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik wird. Die Beseitigung prekärer Arbeitsverhältnisse und der "Schmutzkonkurrenz" sind zwei Seiten einer Medaille. Darauf richten sich nun auch ersten Maßnahmen der neuen Landesregierung im Niedersächsischen Landtag und im Bundesrat. Gesetzlicher Mindestlohn, Initiativen gegen den Missbrauch der Leiharbeit und Minijobs, die Verknüpfung von Vergaben des Landes an tarifliche Standards sind erste Maßnahmen, die eine Wende in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik einleiten sollen. Die Bundesregierung und die abgewählte schwarz-gelbe Landesregierung in Niedersachsen haben keine Lehren aus der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise gezogen. Die langfristigen Folgen für die Fachkräfteentwicklung auf dem Arbeitsmarkt und die Rentenversorgung der Bevölkerung spielen bei ihnen keine Rolle.
- Die neuerliche Energiewende nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima beendete den Zick-Zack-Kurs von Schwarz-Gelb in Bund und Land. Sie haben die Wirtschaft und besonders die Energiewirtschaft in unkalkulierbare Verhältnisse gestürzt. Verlässliche Investitionsbedingungen für die Energiewirtschaft gingen verloren, eine sichere und bezahlbare Energieversorgung für Wirtschaft

und VerbraucherInnen ist nicht in Sicht. Chancen für Forschung und Entwicklung für regenerative Energien und Energieeffizienz wurden nicht aufgebaut. Die ungelöste Endlagerproblematik mit den jahrzehntelang andauernden Belastungen niedersächsischer Regionen im Wendland und anderswo steht verschärft auf der Tagesordnung. Die schwarz-gelbe Bundesregierung ist mit ihrer Energiepolitik gescheitert, sie verheddert sich in Kompetenzen verschiedenster Ministerien und gibt keinen verlässlichen Weg für die Erneuerung der Industriegesellschaft vor.

Der Herbst 2013 ist die Chance für eine neue rot-grüne Bundesregierung den Stillstand in

Deutschland zu beseitigen. Ein Wechsel zu einer Politik, die nachhaltige wirtschaftliche Bedingungen mit qualitativem Wachstum und gleichzeitig gerechte soziale Bedingungen für alle Generationen schafft, kann in einem engagierten Bundestagswahlkampf nur mit der Sozialdemokratie in Deutschland erkämpft werden.

Die SPD wird gebraucht!

idelan Schostok

Politischer Bericht des Bezirksvorstandes

"Wir sind wieder gefragt! Mit uns kann man rechnen!" Stefan Schostok erneut zum Bezirksvorsitzenden gewählt

Mit einem starken Ergebnis von 95,4 Prozent wurde Stefan Schostok, der Fraktionsvorsitzende der SPD im Niedersächsischen Landtag, beim Parteitag des SPD-Bezirks Hannover erneut zum Vorsitzenden gewählt und führte damit den größten der vier niedersächsischen SPD-Bezirke in die anstehenden Kommunalwahlen. "Wir wollen Mehrheiten verteidigen. Wir wollen neues Vertrauen gewinnen. Wir wollen neue Mehrheiten gewinnen. Das sind unsere Ziele zur dies-

jährigen Kommunalwahl", so Stefan Schostok. Auch die nächsten Landtagswahlen nahm er bereits in den Blick: "Unser Ziel ist es, die stärkste Fraktion im Landtag zu wer-

den, damit die SPD wieder die Niedersächsische Landesregierung stellt und einen Politikwechsel umsetzt."



Vor den mehr als 220 anwesenden Delegierten im Weserbergland-Zentrum in Hameln machte er deutlich, dass diese zentralen Ziele nur mit einer starken und engagierten Partei zu erreichen seien. Es sei wichtig, die Partei an vielen Prozessen zu beteiligen und die vielfältigen Kompetenzen der Mitglieder zu nutzen. Dabei könne die Partei in Niedersachsen bereits auf eine gute Zusammenarbeit mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen bauen, sie müsse sich aber noch mehr der Gesellschaft öffnen und Dialogpartner in vielen Fragen werden. Die Delegierten lud er dazu ein, sich an der Erarbeitung eines "Zukunftsprogrammes für Niedersachsen" zu beteiligen, dessen Bestandteile u.a. folgende sein werden: Bildung, eine Fachkräfteoffensive, Ausbau der Pflege, Integration und Teilhabe, Energiewende mit Beschäftigung und Forschung, ein neues Mittelstandsprogramm für Handwerk und KMU, Vorschläge für eine regionale Entwicklungspolitik vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der zukünftigen EU-Förderkulisse, regional abgestimmte Vorschläge zur Ausschöpfung regionaler Qualifizierungspotenziale etc.

Drei zentrale Themen werde die SPD in den Mittelpunkt ihres Handelns für die Kommunen, das Gemeinwesen und eine starke gestaltende Rolle des Staates stellen: Bildung, Schule, Hochschule; Energiewende; Kommunale Finanzen. Mit entsprechenden Anträgen auch zu Konzepten guter Pflege sollten die Beratungen der SPD Landtagsfraktion flankiert werden.

Auf Vorschlag von Stefan Schostok wurde der langjährige Bezirksvorsitzende Wolfgang Jüttner einstimmig zum Ehrenvorsitzenden des SPD-Bezirks Hannover gewählt. Dieser sagte den Delegierten zu, sich weiter für eine starke Mitgliederpartei und eine engagierte Programmpartei einzusetzen. Neben dem Vorsitzenden Stefan Schostok wurden auch die beiden stellvertreten-

den Vorsitzenden Elke Tonne-Jork und Ulrich Watermann in ihren Ämtern bestätigt. Stephan Klecha trat als Schatzmeister die Nachfolge von Wolf Kutzer an, der für dieses Amt, das er lange Jahre innehatte, nicht erneut kandidierte.

Die kommunale Demokratie in Hannover und Niedersachsen ist gestärkt

Mit dem Leitmotiv "Starke Kommunen – starkes Land!" ging die SPD in Niedersachsen in den Kommunalwahlkampf 2011. Die Frage, wie man in den Gemeinden, Städten und Landkreisen die besten Rahmenbedingungen für ein gutes, sicheres und demokratisches Leben gewährleisten kann, stand im Mittelpunkt der Diskussion. Vor Ort war besonders spürbar, wie durch die schwarzgelbe Landes- und Bundesregierung den Kommunen immer neue Aufgaben übertragen wurden, ohne für eine entsprechende Finanzausstattung zu sorgen. Mit dem Prinzip »Vorfahrt für Kommunen« kündigte die SPD an, damit Schluss zu machen und das tun, was die Menschen zu Recht von der SPD erwarten: eine hohe Lebensqualität für die Menschen in den Städten und Gemeinden sicherstellen. Zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern in Niedersachsen sollte an einer guten und gerechten Zukunft gearbeitet werden. Im Wahlkampf wurde offen, engagiert und mit Zuversicht für die Konzepte und die Wahlbeteiligung geworben: "Wir wollten die Menschen überzeugen, dass die Zukunft der Kommunen bei der SPD am besten aufgehoben ist." Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verstehen sich als Kümmerer vor Ort, denen es um eine Kommunalpolitik geht, die das Gemeinwesen als Ganzes im Auge hat.

Politischer Bericht des Bezirksvorstandes

Insgesamt wurden rund 2.200 parlamentarische Gremien auf Kreis-, Stadt- und Gemeindeebene gewählt. Entgegen den Prognosen gab es einen leichten Anstieg der Wahlbeteiligung. So gaben insgesamt 52,5 Prozent der rund 6,5 Millionen Wahlberechtigten ihre Stimme ab, ein Zuwachs von 0,8 Prozentpunkten.

Trotz starker Verluste (-vier Prozent) blieb die CDU stärkste Kraft mit 37,0 Prozent der Wähler. Für die SPD stimmten 34,9 Prozent,



1,7 Prozentpunkte weniger als 2006. Die Grünen legten mit 14,3 Prozent (7,8) deutlich zu, wo hingegen die FDP um 3,3 Prozentpunkte auf 3,4 Prozent abrutschte. Die Linke konnte mit 1,5 Prozentpunkten einen leichten Zuwachs auf 2.4 Prozent erreichen. Besondere Beachtung fanden im Bezirk die Wahlen zum Rat der Landeshauptstadt Hannover und zur Regionsversammlung: In beiden Gremien blieb die SPD stärkste Fraktion, sie verlor allerdings auch hier gegenüber den Kommunalwahlen vor fünf Jahren 3,9 Prozentpunkte und kam auf 37,1 Prozent. Die Verluste der SPD wurden von ihrem grünen Partner mehr als kompensiert, die Grünen kamen auf über 20 Prozent, so dass sich für Stadt und Region klare rot-grüne Mehrheiten ergaben.

Mitglieder entscheiden per Urwahl über Spitzenkandidatur

Ein Mitgliederentscheid zum Ministerpräsidentenkandidaten – auf diesen Entscheidungsweg hatten sich die niedersächsischen Genossinnen und Genossen am 16. September 2011 verständigt. Über die Beteiligung bei einer solch wichtigen Personalentscheidung sollte es gelingen, die Mitglieder besonders zu mobilisieren. Damit wurde nach der neuen Landessatzung ein

vorbildliches demokratisches und wegweisendes Verfahren eingeleitet, das Maßstäbe setzen sollte: Bei sieben Regionalkonferenzen – davon drei im Bezirk Hannover – stellten sich die Bewerber persönlich vor: Stephan Weil, Oberbürgermeister aus Hannover und Olaf Lies, der Landesvorsitzende der SPD aus dem Bezirk

Weser-Ems. Diese Konferenzen waren für alle Mitglieder und interessierten Bürgerinnen und Bürger offen. Im Bezirk Hannover gründete sich eine AG "Unterstützung für Stephan Weil". Am 27. November 2011 fand die Urwahl statt, dazu wirkten in 600 Wahllokalen über 3.000 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer zusammen. Eine Briefwahl war nicht vorgesehen. Am Ende hatten knapp 40 Prozent der niedersächsischen Genossinnen und Genossen entschieden: Stephan Weil konnte 53,3 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen, der Landesvorsitzende Olaf Lies 46,1 Prozent.

Dieses Großprojekt war ein großer Erfolg für die Partei und ein gelungener Auftakt in die Landtagswahl 2013: Kein Spitzenkandidat einer anderen Partei konnte sich auf eine solch starke unmittelbare Legitimation seiner Partei stützen. Allerdings war dies zum Ausklang eines anstrengenden Kommunalwahljahres auch eine besondere Kraftanstrengung für die Mitglieder und die Hauptamtlichen, im Ergebnis aber zweifellos ein Beweis für die Kampagnenfähigkeit der niedersächsischen SPD.

Demokratie als Lebensform

Das Thema dieses Antrags nahm bereits breiten Raum in der inhaltlichen Debatte des Bezirksparteitags im Juni 2011 ein und war Grundlage des Bezirks zur Beratung des Leitantrags "Mehr Demokratie leben" auf dem Bundesparteitag 2011 in Berlin. Die Delegierten des Bezirks nutzten mit verschiedenen Redebeiträgen die Gelegenheit, den Bezirk in seinen Positionen kenntlich zu machen. So wurden ein Positionspapier zur "Rente mit 67", ein Antrag zur "Ausbildungsumlage statt Ausbildungsbonus", zur "Stärkung der Finanzverwaltung", zu "Aktionsplänen zur UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen"

zur "Bewahrung der kommunalen Entsorgungsverantwortung" und zur "Nichtkriminalisierung der SJD-Die Falken" eingebracht und beschlossen. Bei den Wahlen zum Parteivorstand waren Gabriele Lösekrug-Möller, MdB und Alptekin Kirçi (Vorsitzender Stadtverband Hannover) erfolgreich, Walter Meinhold wurde als Mitglied der Kontrollkommission bestätigt.

Nach lebhafter Debatte wurde eine Erweiterung der Arbeitsgemeinschaften der SPD verabschiedet, die im Bezirk im Jahr 2012 durch Gründung der AGen "Selbstaktiv" sowie "Schwusos" umgesetzt wurde. Der Antrag auf ein Reißverschlussverfahren bei Listenaufstellungen wurde knapp mehrheitlich angenommen.

Neue und ehemalige Mitglieder gewinnen – Organisationskraft stärken

Der Bezirksvorstand verabschiedete Anfang 2012 für die Zeit bis zum 31. Dezember 2013 ein Konzept, das die Organisationskraft der Partei nachhaltig stärken soll.

Durch gezielte Aktivitäten in den Unterbe-

zirken sollte nicht nur die Zahl von aktiven Mitgliedern im Jusoalter steigen, sondern Juso-Arbeitsgemeinschaften sollten auch wieder flächendeckender vertreten sein. Außerdem sollte die Partei wieder besser in den Betrieben verankert werden. der Frauenanteil in der Mitgliedschaft gesteigert werden und mit Blick auf die anstehenden Wahl-



kämpfe sollte schließlich die Dialogkraft der Partei gestärkt werden.

Der Aufwand des Projekts erschien gerade im Vorfeld und im Verlauf eines Wahljahres gerechtfertigt und Erfolg versprechend. So konnten 2012 bislang mit fünf Unterbezirken Zielvereinbarungen abgeschlossen werden, für die im Jahr 2013 erstmalig ein finanzieller Zuschuss des Bezirks fällig wird. Im Einzelnen sind Gründungen von Juso-AGen und AsG-Gruppen auf UB-Ebene erfolgt und die Rückgewinnung von ausgetretenen Mitgliedern zu verzeichnen. Nach wie vor Defizite gibt es jedoch bei Eintritten von jungen Menschen und ihrer längerfristigen Bindung an die Parteiarbeit. Anknüpfend an die Mobilisierung, die durch die erfolgreiche Landtagswahl zu Beginn 2013 weiterhin stattfindet, soll hier ein künftiger Schwerpunkt gesetzt werden (mehr dazu im Finanzbericht des Schatzmeisters).

Vernetzte und zielgruppenorientierte Projektarbeit der AGen im Bezirk

"Miteinander ins Gespräch kommen", "institutionell unterstützt werden", "voneinander lernen und zusammenarbeiten", "Schnittstellen finden" – der Bezirk startete begleitend zum Landtagswahlkampf 2012 / 2013 ein Projekt, das den zahlreichen AGen und AKs auf Bezirksebene einen Weg zur besseren Einbindung in die inhaltlich-politische Arbeit der Partei aufzeigen und eine Vernetzung der jeweiligen Zielgruppen ermöglicht sollte.

Die Erwartungen waren durchaus hoch: Eine niedrigschwellige Plattform für die AGen und AKs wurde gewünscht, mehr Austausch, mehr Einbindung und Rückkopplung und eine zentrale Koordinierung. Aber auch kritische Töne der aktiven Genossin-

nen und Genossen in den AGen zur fehlenden innerparteilichen Wahrnehmung und Wertschätzung kamen auf den Tisch, die bei der zukünftigen gemeinsamen Arbeit ausgeräumt werden sollen. Der Dialogprozess zum Landtagswahlprogramm war der Einstieg: als erster Strang des Projekts wurden die AGen auf Möglichkeiten der Mitwirkung aufmerksam gemacht, in dem alle medialen Möglichkeiten der Kommentierung und Ergänzung vorgestellt wurden, so z.B. auf der Website www.entdecke-niedersachsen.de unter dem Stichwort "Dialog". Schon dabei wurden für verschiedenen AGen gemeinsame politische Forderungen und Schnittstellen in der politischen Arbeit sichtbar.

Ein zweiter Strang des Projekts startete mit einer Werkstattveranstaltung im September 2012, bei der zahlreiche Mitglieder aller AGen im Bezirk Themen bestimmten, an denen übergreifend miteinander gearbeitet werden kann, um anschließend die jeweiligen Zielgruppen gezielt anzusprechen und miteinander zu vernetzen. Aus den dort entwickelten Projektskizzen wurden Anfang 2013 mit konkreten Leitprojekten begonnen. Es ist beabsichtigt, bis zum Bezirksparteitag erste Ergebnisse zu präsentieren.

Mit neuen Ideen mehr Menschen für die Parteiarbeit interessieren

Der vom Parteivorstand im Jahr 2012 ausgeschriebene Innovationsfonds traf im Bezirk Hannover auf besonderes Interesse. Zahlreiche Gliederungen befassten sich mit Ideen, die mit dem Projekt des Bezirks "Stärkung der Organisationskraft" und den Aktivitäten der Gliederungen im Landtagswahlkampf zusammen gingen. Gewinner aus dem Bezirk Hannover 2012 waren die UB Region Hannover mit dem Projekt "Die familienfreundlichste Partei in der Region

Hannover" und der UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg mit dem Projekt "Mobiler Beteiligungspunkt der SPD". Beide Unterbezirke erhielten für ihren Antrag die maximale finanzielle Unterstützung von je 5.000 Euro, die nun für die Umsetzung eingesetzt werden.

In der Auswahlrunde 2013 werden insbesondere Projekte gefördert, die Freiwillige – vor allem für den anstehenden Bundestagswahlkampf – ansprechen, aktivieren und binden sowie innovative Projekte mit einer alternativen Ausrichtung. Auch zur nächsten Ausschreibungsrunde 2013 haben sich die UBe Harburg, Hameln-Pyrmont, Region Hannover und Göttingen mit innovativen Vorschlägen beworben.

Partei in Bewegung – zum Parteikonvent nach Berlin

Die SPD hat ihre Organisation umfassendend umgebaut und einen Parteikonvent mit 200 Delegierten eingeführt, der an die Stelle des bisherigen Parteirates tritt. Er wird zum wichtigsten Parteigremium zwischen den ordentlichen Bundesparteitagen und hat im Gegensatz zum bisherigen Parteirat echte Entscheidungskompetenzen. Erstmalig nach dem Beschluss vom Bundesparteitag 2011 "Partei in Bewegung" konnten am 16. Juni 2012 zwölf Delegierte des Bezirks Hannover zum 1. Parteikonvent nach Berlin fahren. Die Debatte war hochaktuell: der Fiskalpaktbeschluss der Bundesregierung stand unmittelbar bevor und in Unterbezirken, im Bezirksvorstand und in der Öffentlichkeit gab es vielstimmige Diskussionen. Die SPD war entschlossen dem Fiskalpaktkonzept nur zuzustimmen, wenn wesentliche Kriterien wie eine Finanztransaktionssteuer, ein Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, ein europäischer Investitions- und Aufbaufonds zur Stärkung von Beschäftigung und Binnennachfrage und eine Beteiligung des europäischen Parlaments aufgenommen werden. Diese SPD-Forderungen wurden nach harten Verhandlungen mit einem Pakt für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung zwischen Bundesregierung und den Fraktionen im Bundestag weitgehend durchgesetzt. Der Bezirk vertrat darüber hinaus die Position, dass irreversible Eingriffe in nationale Haushaltsrechte eröffnet werden, und sah sich darin in einer späteren Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bestätigt.

Der zweite Parteikonvent am 24. November 2012 hatte als Schwerpunkt das Rentenkonzept, einen Auftrag vom Bundesparteitag 2011, zu dem auch der Bezirk beigetragen hatte. Eine Arbeitsgruppe bereitete für den Bezirksvorstand ein 10 Punkte-Papier "Gute Arbeit – guter Lohn – gute Rente!" vor, das beschlossen und auch vom Landesparteirat angenommen wurde. Beim Parteikonvent wurde nach breiter vorhergehender Debatte ein Leitantrag des PV vorgelegt, in dem nahezu alle Punkte des Bezirks enthalten waren. Einstimmig bei nur vier Enthaltungen beschloss die SPD damit ein insgesamt schlüssiges und zukunftsfestes Rentenkonzept und ist mit ihrem Kampf für die Einführung einer Solidarrente und gegen Altersarmut gut für das Bundestagswahljahr 2013 aufgestellt.

Anpacken, Besser machen.

Motiviert startete die SPD im Januar 2012 in den Landtagswahlkampf. Alle Umfragen zeigten einen möglichen Wahlerfolg von rot-grün und für dieses Projekt warb Stephan Weil als Spitzenkandidat. Im Bezirk Hannover traten in einigen Wahlkreisen neue Bewerberinnen und Bewerber für den Landtag an. Viele langjährige Abgeordnete mit großen Verdiensten machten Platz für neue Kandidaten, so der ehemalige Finanzminister Heiner Aller, die frühere Vizepräsidentin Silva Seeler und der Fraktionsvorsitzende Stefan Schostok, der ankündigte, sich für das Amt des Oberbürgermeisters in Hannover im Herbst 2013 zu bewerben. Aus dem Bezirk traten 14 Frauen und 22 Männer an (36), das entsprach einem Frauenanteil

von 38,89 Prozent. Der Spitzenkandidat auf Platz 1 der Landesliste, der bisherige Oberbürgermeister Stephan Weil, trat im Wahlkreis 25, Hannover-Buchholz, an.

Dialog mit der Gesellschaft

Weil forderte in Niedersachsen nach Jahren des schwarz-gelben Stillstands den politischen Wechsel und eine neue demokratische Kultur: Entscheidungen müssen im Dialog mit der

Gesellschaft getroffen werden - transparent und überzeugend. Dies kennzeichnete den Wahlkampf und beispielhaft die Erstellung des Wahlprogramms: Ganz bewusst wurden keine endgültigen Programme vorgelegt, sondern in Dialogpapieren aus den vorangegangenen Landesforen Überlegungen und Ideen zu einzelnen Themenfeldern der Landespolitik formuliert. In den Wahlkreisen des Bezirks wurden Dialogveranstaltungen in Form von BürgerInnenkonferenzen oder Zukunftskonferenzen mit den Landtagskandidaten angeboten, deren Ergebnisse landesweit veröffentlicht wurden. Anmerkungen konnten natürlich auch im Internet vorgenommen werden. Im Herbst erstellte eine Programmkommission auf der Grundlage dieser Dialogreihe und der eingegangenen Beiträge das Regierungsprogramm der SPD-Niedersachsen für die Jahre 2013 bis 2018, es wurde im Rahmen eines Landesparteitages am 10. November 2012 beschlossen.

Team Weil

Besondere Aufmerksamkeit fand ab Oktober 2012 die Präsentation des paritätisch



besetzten Teams Weil, also die Vorstellung derjenigen Frauen und Männer, die der künftige Ministerpräsident für sein späteres Kabinett gewinnen konnte. Aus dem Bezirk Hannover waren Frauke Heiligenstadt für Bildung, Dr. Gabriele Andretta für Wissenschaft und Birgit Honé für Europa und Landesentwicklung vorgesehen. Auf Menschen zugehen - diese Gelegenheit wurde bereits während der Adventszeit auf vielen Weihnachtsmärkten der Region genutzt. Unterstützt von prominenten Parteimitgliedern wurde z.B. in Hannover mit Peer Steinbrück und Hannelore Kraft, in Hildesheim und Northeim und anderen Orten mit Frank Walter Steinmeier, Andrea Nahles, Manuela Schwesig, Olaf Scholz und vielen anderen der winterkalte Straßenwahlkampf geübt.

Hannelore Kraft nutzte in Hannover die Gelegenheit, das Kurt-Schumacher-Haus zu besuchen und historische Dokumente der Parteineugründung nach 1945 zu würdigen.

Der Einsatz von Stephan Weil war beispielhaft. Eindringlich motivierte er die Partei im Endspurt für den Wahlkampf. Im Januar begann - der Kälte zum Trotz – die heiße Phase. Das TV-Duell mit zahlreichen gut besuchten public viewing-Veranstaltungen, Tür-zu-Tür-Besuche, Straßenwahlkämpfe und eine Großveranstaltung im HCC in Hannover mobilisierte vielen Parteimitglieder und Anhänger. Bis zur letzten Stunde wurde gekämpft. Allen war klar, dass es ein enges Rennen wird und alle anpacken mussten, um die Bürgerinnen und Bürger zu mobilisieren, die Nichtwähler zu erreichen und die Wahlbeteiligung zu unseren Gunsten zu erhöhen. Unter dem Motto "Alle packen an!" bereiteten alle Wahlkampfteams bis zur Öffnung der Wahllokale unter anderem Hausbesuche, Innenstadtaktionen und Kneipenverteilaktionen vor. Sie wurden dabei von vielen angrenzenden Landesverbänden und zahlreichen Bundespolitkern unterstützt.

Der Optimismus in den letzten Stunden des Wahlkampfs war groß. Rot-Grün lag in allen Umfragen knapp vorne. Am 20. Januar dann der Wahlabendkrimi: Es ist geschafft! Nach zehn Jahren Schwarz/Gelb hatten wir eine rot-grüne Regierungsmehrheit erkämpft und damit die Grundlage für einen Politikwechsel in Niedersachsen geschaffen. Zusammen mit den Grünen konnten wir einen knappen Vorsprung von einem Sitz Mehrheit im Parlament behaupten. Unser Stimmenzuwachs von 2,3 Prozent war bei einer gestiegenen Wahlbeteiligung ein tolles Ergebnis.

Stephan Weil an die Genossinnen und Genossen: "Dieser Erfolg war möglich, weil die niedersächsische SPD mit Haltung und Charakter einen einigen, geschlossenen und hochmotivierten Landtagswahlkampf geführt hat! Euch allen gilt mein herzlicher Dank! Ich fühle mich allen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern persönlich tief verhunden."

Ausblick

Auch die Regierungsbildung verlief erfolgreich und reibungslos. Nach dem Beschluss über den rot-grünen Koalitionsvertrag auf einem Landesparteitag am 16. Februar 2013 wurde Stephan Weil am 19. Februar zum Ministerpräsidenten gewählt. Unmittelbar anschließend schaltete die Partei erneut auf "Wahlkampfmodus" um: die Kandidatinnen und Kandidaten für die Bundestagswahl wurden nominiert und die Wahlkampfteams gebildet. Aus dem Bezirk Hannover stehen in 13 Wahlkreisen sieben Frauen und sechs Männer zur Wahl.

Viele Elemente der Bundestagswahlkampagne 2013 wurden erfolgreich aus Niedersachsen übernommen; der Wahlkampf von unten, der Tür-zu-Tür-Wahlkampf, die Mobilisierung von Nichtwählern, der Einsatz von Social Media. Unter dem Motto "Das WIR entscheidet" ist die Devise ausgegeben: Den Wahlkampf gewinnen wir gemeinsam. Wenn alle anpacken, auf die Straße gehen, mit den Menschen sprechen, schicken wir Schwarz-Gelb im September 2013 in die Opposition!

Erika Huxhold, April 2013 Leitende Geschäftsführerin

Mitglieder des Bezirksvorstandes

Die Delegierten des Bezirksparteitages wählten am 18. Juni 2011 in Hameln folgenden Bezirksvorstand:

Vorsitzender

Schostok, Stefan*

stelly. Vorsitzende

Tonne-Jork, Elke* Watermann, Ulrich*

Schatzmeister

Klecha, Stephan*

weitere Mitglieder

Brinkmann, Markus Brunkhorst, Daniel Franz, Ulf-Birger Friedemann, Waltraud Heiligenstadt, Frauke* Husmann, Dr. Udo Jagau, Hauke* John, Sascha Kutzer Wolf Lesemann, Dr. Silke

Leuschner, Sigrid (bis Januar 2013) Marks, Caren

Meier, Svlvia von Pogrell, Annette Rakowski, Andreas Schlegel, Astrid* Schmidt, Maximilian Schröder-Ehlers, Andrea

Schwarz, Uwe Tippelt, Sabine Weiß, Thomas

Schell, Hansjörg*; Ltd. Geschäftsführer (bis 31. August 2011)

Huxhold, Erika*; Ltd. Geschäftsführerin (seit 1. Januar 2012)

* = Mitglieder des geschäftsführenden **Bezirksvorstandes**

Ehrenvorsitzender: Wolfgang Jüttner

In ihrer Funktion als leitende Bezirksgeschäftsführerin gehört Erika Huxhold dem Bezirksvorstand als stimmberechtigtes Mitglied an.

GeschäftsführerInnen

Kröpelin, Andreas Matterne, Christoph Süsselbeck, Marga

Mitglieder des Vorstandes mit beratender Stimme

Parteivorstand Bulmahn, Edelgard MdB und Jüttner, Wolfgang MdL ab Dezember 2011: Lösekrug-Möller, Gabriele MdB und Kirçi, Alptekin

Landesvorstand Miersch, Dr. Matthias MdB

Landesgeschäftsführer Rüter, Michael (bis Februar 2013) Werner, Heike (seit März 2013)

Europaabgeordneter Lange, Bernd MdEP

Betriebsrat Rinne, Christine Schulze, Peter

AWO-Vertreter

Plaue, Axel (bis Juni 2012) Tack, Kerstin (seit Juni 2012)

ΔcF

Haut, Regina (bis November 2012) Moldenhauer, Luzia (seit November 2012)

Mitglieder des Bezirksvorstandes

AGS

Schlote, Stephan

AsJ

Friedrichs-Seidel, Miriam Nicholls. Robert

AsG

Drabke, Wilhelm

AvS

Brandenburger, Maren Freter, Wolfgang

Jusos

Zanden, Lisa van der (bis Mai 2012) Stephan, Inga (seit Juni 2012)

6oplus

Stenzel, Horst (bis Februar 2012) Kaiser, Klaus (seit März 2012) **AK Tierschutz**

Held, Jürgen (bis März 2012) Wiedenbohm, Klaus (seit April 2012)

DGB Niedersachsen

Tölle, Hartmut

"Die Falken"

Engelskirchen, David (bis Mai 2012) Bartels, Hannes (seit Mai 2012) Behr, Ibrahim (seit Mai 2012)

Netzwerk Selbstaktiv

Finke, Karl Harms, Thomas

Schwusos

Tegtmeier, Torsten (seit 12. Juli 2012)

RevisorInnen

Feindt, Klaus-Dieter Friedrich, Heidi Hojnatzki, Rolf

Tätigkeitsbericht des Bezirksvorstandes

19. August 2011

- Auswertung des Bezirksparteitages
- Vorbereitung der Wahl des geschäftsführenden Bezirksvorstandes
- Finanzen, Reisekosten
- Personalie im Bezirk: Leitender Geschäftsführer, Verfahren
- Terminplan + Verfahren Spitze LTW
- Termin und Vorbereitung Klausurtagung
- Kooptierung, z.B. von Arbeitsgemeinschaften
- Besetzung von Kommissionen (I)
 - Strukturkommission Bezirk
 - Tarifkommission Bezirk
 - Finanzkommission Bezirk
 - Personal- und Finanzkommission LV
 - Strukturkommission PV

- Besetzung von Kommissionen und Arbeitsgruppen (II)
 - Schupoko
 - Bildungskommission
- Arbeitsprogramm: u.a.
 - Vorbereitung des Bundesparteitages
 - AG Steuer und Finanzpolitik
 - 150 Jahre SPD-Lenkungsgruppe
 - AK Sicherheit
- Teilnehmer Führungsakademie PV
- Papier Klecha: Stärkung der Organisationskraft

17. September 2011

- Berichte
- Personalien
- Ergebnis der Kommunalwahlen

Tätigkeitsbericht des Bezirksvorstandes

- Landtagswahlen 2012 / 2013
 - Personelle Entwicklung
 - Zeitplan
- Bundesparteitag 2011
 - Inhalte und Anträge
 - Personalien
- Arbeitsprogramm/Klausurtagung
 - Kommissionen, Arbeitskreise, Arbeitsgruppen
- Verschiedenes: Arbeitsgruppe: Stärkung der Organisationskraft

30. September 2011

- Berichte
 - u.a. aus dem Landesvorstand
- Vorbereitung des Bundesparteitag (Personalien und Anträge)
- Verschiedenes
 - AG "Stärkung der Organisation"
 - Bildungskommission Besetzung

7. Oktober 2011

- Berichte
- Bundesparteitag
- Schuldenbremse

12. November 2011

- Berichte
- Bundesparteitag
- a.o. Bezirksparteitag 2012
- Terminplanung
- Bezirksvertreterversammlung
- Besetzung der Bildungskommission
- Vorbereitung der Klausurtagung

9.und 10. Dezember 2011 – Klausurtagung

- Personalien
- Bundesparteitag
- Arbeitsprogramm
- 150 Jahre SPD
- Schuldenbremse
- Stärkung der Organisationskraft
- Terminplanung 2012
- Orga-Kommission
- Beirat der Parteischule

14. Januar 2012

- Herausforderungen für die Kommunen Demografischer Wandel
- Vorbereitung ao. Landesparteitag am 20.
 Januar 2012 in Oldenburg
- Berichte
- Terminplanung Bezirksvorstand 1. Halbjahr 2012

18. Februar 2011

- Stand Landtagswahl/-kampagne
 BE: Michael Rüter (LGF Landesverband)
- Konzept Stärkung der Organisationskraft
- Vorbereitung a.o. Bezirksparteitag und Bezirksvertreterversammlung am 2. Juni 2012
- Benennung für Organisationskommission PV
- Berichte
- Vorbesprechung Bezirksbeirat

23. März 2012

- Forum "Inklusives Niedersachsen gemeinsam leben und arbeiten"
 Kurzvorstellung des Dialogpapiers LV, BE: Uwe Schwarz, MdL
- Wirtschaftsplan 2012 und Mipla 2011 bis 2016, BE: Stephan Klecha
- Kandidatenkonvent vom 2. bis 5. Juni 2012
- Gremienbesetzung
 - Kommission zur Listenaufstellung im Bezirk Hannover
 - Steuerungsgruppe "Stärkung der Organisationskraft"
 - Nachbesetzung Leitende Geschäftsführerin (in Strukturkommission, Tarifkommission AG-Seite, Finanzkommission, Personal- und Finanzkommission LV)
- Berichte und Aktuelles
 Landtag, Bundestag, PV, Organisation/

 Personalien UB-Büros

13. April 2012

Zwischenstand AG Demografischer Wandel

Tätigkeitsbericht des Bezirksvorstandes

- Stand Fiskalpakt und Diskussion
- Berichte: Landtag, Bundestag, Parteivorstand
- Organisatorisches

11. Mai 2012

- Landtagswahl Schleswig-Holstein (Analyse und Diskussion)
- Berichte
 - Listenkommission, Steuergruppe "Stärkung der Orgakraft"
 - Landtag, Bundestag, Europaparlament
- Vorbereitung a.o. Bezirksparteitag und Bezirksvertreterversammlung 2. Juni 2012
 - Bericht Antragskommission
 - Stand Personalvorschläge
- Vorbereitung Landesparteitag 7. Juli 2012
- Vorbereitung Parteikonvent 16. Juni 2012 in Berlin
- Termine Vorbereitung Bundestagswahlen

1. Juni 2012

Beschluss über Listenvorschlag Landesliste

13. Juli 2012

- Aktuelles zum Landtagswahlkampf
- Rückblick Landesparteitag, Landesvertreterversammlung, Landesvorstand
- Sonderbeiträge der Mandatsträger ab Beginn der 17. Legislaturperiode
- Berichte (Landtag, Bundestag, PV)
- Organisation, Personal Bezirk
 - Unterstützung und Stärkung der AGen im Bezirk: Projektvorschlag zur themenübergreifenden Arbeit und Vernetzung der Zielgruppen
 - BE aus Strukturkommission

14. September 2012

- Berichte
- Aktuelles zum Landtagswahlkampf
 - Vom Dialogprozess zum Regierungsprogramm

- Wahlkampfkonferenz aller KandidatInnen am 22. September
- Wirtschaftskongress am 28. September
- Regionale Wahlkampfunterstützer
- Veranstaltungen des Bezirks
- Organisatorisches
 Benennung Vertreter/innen des Bezirks
 für.
 - Antragskommission Landeswahlprogramm
 - Europapolitische Kommission beim LV
 - Sicherheitspolitische Kommission beim IV

19. Oktober 2012

- Berichte
- Antragsentwurf Wahlprogramm
- Organisatorisches
 - Benennung Vertreter/innen des Bezirks für Mandatsprüfungs- und Zählkommission Parteikonvent
- Termine

17. November 2012

- Aktuelles zum Landtagswahlkampf
- Nachbereitung Landesparteitag
- Berichte
- Aktuelles
 - Vorbereitung Parteikonvent
 - a.o. Bundesparteitag in Hannover

14. Dezember 2012

- Rückblick a.o. Bundesparteitag und Parteikonvent
- Aktuelles zum Landtagswahlkampf
- Großveranstaltungen, Organisation
- Berichte (Landtag, Bundestag, PV, Europa)
- Organisatorisches
 - Info zu Europawahl 2014
 - Vollzug Wirtschaftsplan 2012
 - Personal im Bezirk (Tarifabschluss 2013)
 - Wechsel Mitgliedschaft Verein Bildungs- und Tagungszentrum Springe

Tätigkeitsbericht des Bezirksvorstandes

25. Januar 2013

- Nachbereitung Landtagswahlen 2013
- Organisatorisches

Samstag, den 9. März 2013

- Berichte und Aktuelles (Landtag, Bundestag, Parteivorstand, Europaparlament)
- Erhebung Sonderbeiträge MdB's im Bezirk Hannover ab der 18. Legislaturperiode
- Wirtschaftsplan 2013 und Mipla 2012 bis 2017

- Organisation und Personal im Bezirk
- Bundestagswahlkampf
 - Bericht über Kampagne bei UB-Vorsitzendenkonferenz am 24. Februar 2013 in Berlin
 - Programmparteitag am 14. April 2013
 - Stand Wahlkreiskonferenzen
- Ablehnung einer Mitgliedschaft im Unterbezirk Göttingen
- Termine

Mitglieder des Bezirksbeirates

SPD-Unterbezirk Celle

Lühmann, Kirsten Meyer, Rolf Schmidt, Maximilian

SPD-Unterbezirk Diepholz

Albers, Michael Bugla, Ludger Moldenhauer, Luzia

SPD-Unterbezirk Göttingen

Behbehani, Helmi Riethig, Marcel Steinberg, Sören Surup, Gudrun

SPD-Unterbezirk Hameln-Pyrmont

Beckord, Heike Fahncke, Barbara Meyer-Bergmann, Kurt

SPD-Unterbezirk Region Hannover

Brunotte, Marco Lange, Bernd Le Butt, Philip Löser, Jessica Merkel, Birgit Thiele, Ulrike

SPD-Unterbezirk Hildesheim

Kasten, Heidrun Kuntscher, Leonard Herbeck, Sebastian Ott, Dr. Cornelia

SPD-Unterbezirk Holzminden

Diener-Wohner, Claudia Grebe, Marlies Mönkemeyer, Friedrich

SPD-Unterbezirk LK Harburg

Feindt, Klaus-Dieter Westermann, Matthias Wüst-Buri, Christine

SPD-Unterbezirk Lüneburg

Bonin, Dr. Hinrich Gründel, Achim Tauss, Margitta

SPD-Unterbezirk Nienburg

Tonne-Jork, Elke Prüfer, Horst Bösselmann, Frank

SPD-Unterbezirk Northeim-Einbeck

Blau, Frank Gierke, Sonja Hojnatzki, Rolf Riegel Frieda

SPD-Unterbezirk Schaumburg

Becker, Karsten Brand, Marina Tegtmeier, Ralph Willers, Gabriele

SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg

Bade, Heike Dehde, Klaus-Peter Putzier, Jan Henner

Tätigkeitsbericht des Bezirksbeirates

Mit beratender Stimme nehmen an den Sitzungen des Bezirksbeirates teil:

- die Geschäftsführer/innen des Bezirks und der Unterbezirke, soweit sie nicht gewählte Vertreter/innen der Unterbezirke sind
- · die Revisoren/innen
- die Vorsitzenden der Bezirksarbeitsgemeinschaften
- · die Fachreferent/innen des Bezirks
- ein(e) Vertreter(in) des Landessvorstandes

RevisorInnen

Feindt, Klaus-Dieter Friedrichs, Heidi Hojnatzki, Rolf

GeschäftsführerInnen

Strecker, Monika, Unterbezirk Landkreis Harburg Biermann, Dr. Uta, Unterbezirk Region Hannover

Im Berichtszeitraum (Juni 2011 bis Mai 2013) fanden folgende Sitzungen statt:

17. September 2011

- Landtagswahlen 2012 / 2013
 - Personelle Entwicklung, Vorschlag des

Bezirkes für die Spitzenkandidatur

- Einleitung Stefan Schostok
- Stellungnahme Stephan Weil
- Zeitplan
- Ergebnis der Kommunalwahlen
- Bundesparteitag (Inhalte und Anträge)

18.Februar 2012

- Aktuelles
- Satzungsänderung des Bezirksstatuts
- Vorbereitung Landtagswahl

1. Juni 2012

- Aktuelles
- Landesliste der SPD zur Landtagswahl 2013
 - Vorstellung des Listenvorschlags

15. Februar 2013

- Rückblick Landtagswahl
- Aktuelles
 - Koalitionsvertrag
 - a.o. Landesparteitag am 16. Februar 2013
- Bericht "Stärkung der Organisationskraft"
- Vorschlag Statutenänderung zu Bezirksvertreterversammlungen
- Termine

Schiedskommission

Die Schiedskommission trägt durch ihre Arbeit zur Sicherung des innerparteilichen Friedens bei und sorgt für Solidarität, wenn es um die Beachtung der Parteigrundsätze geht. Sie entscheidet in einer Dreier-Besetzung regelmäßig mit dem Vorsitzenden und den beiden Stellvertretern/Stellvertreterinnen als Beisitzerinnen bzw. Beisitzern, und zwar auf der Grundlage des Organisationsstatuts und der Schiedsordnung.

In der abgelaufenen Periode und damit "Amtszeit" gab es für die Schiedskommission im Bezirk Hannover nicht sehr viel zu tun, was insgesamt als gutes Zeichen für den Zustand der Partei gewertet werden kann: Ein Fall wurde an die zuständige UB-Schiedskommission zurückverwiesen, um dieser Kommission Gelegenheit zu geben, ihre Überraschungsentscheidung zu überprüfen und zu korrigieren, in einem anderen Fall aus dem UB Celle kam es nicht mehr zu einem vom Ortsverein angestrebten Parteiausschluss, da der betreffende Genosse die SPD von sich aus verlassen hat.

Nur in einem weiteren Fall – drei langjährige SPD-Mitglieder betreffend – hatte die Schiedskommission des Bezirks über die Berufung gegen einen Beschluss der zuständigen UB-Schiedskommission vom August 2012 betreffend Parteiausschluss zu entscheiden, da ein schon sehr lange schwelender Konflikt zwischen Mandatsträgern auf der einen Seite und dem OV-Vorstand auf der anderen Seite nicht durch Gespräche aufgelöst und bereinigt werden konnte: Auslöser waren den drei Mandatsträgern zufolge angeblich die hannoverschen Bezirks-Richtlinien, denen zufolge an den Sitzungen der SPD-Ratsfraktionen stimmberechtigt ja auch Vorstandsmitglieder teilnehmen. Die drei Genossen hatten angeblich "Sorgen" hinsichtlich ihrer Ratstätigkeit, die aus der Anwendung der Richtlinien erwachsen sein sollten, hielten diese Richtlinien letztlich sogar für rechtswidrig. Hierbei entstand jedoch der Eindruck, dass die drei Genossen, die neben der SPD-Fraktion eine eigene Ratsfraktion mit dem Namen "Unabhängige SozialDemokraten" gebildet hatten und sich vor der Bezirksschiedskommission anwaltlich durch ein CDU-Mitglied vertreten lassen wollten, die genannten Richtlinien nur zum Vorwand und Anlass genommen hatten, langjährige Streitigkeiten und erhebliche Differenzen mit dem OV-Vorstand über politische Grundlinien medienwirksam auszutragen.

Erstrebt wurde von den drei Genossen eine Entscheidung der Bezirksschiedskommission möglichst vor der Landtagswahl vom Januar 2013. Alle drei Genossen wurden nach Mediationsversuchen des zuständigen UB-Vorsitzenden durch Beschluss der zuständigen UB-Schiedskommission aus der Partei ausgeschlossen, die Berufung dagegen von der Bezirksschiedskommission schließlich eindeutig zurückgewiesen. Die Bundesschiedskommission wurde von den drei Ausgeschlossenen nicht angerufen.

Für die Bezirks-Schiedskommission

Jürgen Dietze Vorsitzender

Bildungskommission

1. Gemeinsame Bildung in Niedersachsen Die Bildungsarbeit 2011 bis 2013 war wesentlich durch eine Verstetigung der landesweiten Angebote und Kooperation geprägt. Die Veranstaltungen der politischen Bildung sollten dabei nicht nur für ganz Niedersachsen angeboten, sondern auch gemeinsam getragen werden - inhaltlich, organisatorisch, personell und finanziell. Mit dem Jahr 2012 haben wir zudem für ausgesuchte Seminare begonnen, auch Veranstaltungsorte, die in den anderen niedersächsischen Bezirken liegen, zu nutzen. Dies hat dazu geführt, dass auch Genossinnen und Genossen aus den Randbereichen und mit schlechter Verkehrsanbindung Bildungsangebote besser nutzen konnten. Nach wie vor werden aber aus unserer Tradition und guter Erfahrung heraus die Bildungsangebote des Bildungs- und Tagungs-Zentrum HVHS Springe genutzt.

Dem Ziel, politische Bildung als gemeinsame Aufgabe der SPD Niedersachsen zu begreifen, sind wir in den Jahren wieder ein Stück näher gekommen. Sowohl die Zusammenarbeit mit den anderen Bezirken als auch mit dem Landesverband haben dazu einen unverzichtbaren Beitrag geleistet. Die positive Entwicklung wurde auch durch die beiden gemeinsamen Wahlkämpfe (Kommunalwahl 2011 und Landtagswahl 2013) getragen, bei denen die politische Bildungsarbeit durch gesonderte Seminare, Qualifizierungsreihen und Workshops mitgewirkt hat.

Wir befinden uns auf einem guten Weg.

2. Inhalte der Bildungsarbeit

Unser Seminarangebot ist geprägt durch vielfältige Angebote und Zugänge: Mitglieder von Vorständen haben sich ebenso beteiligt wie Aktive aus Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen. Ein großer Anteil der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind Frauen und Männer mit kommunalen Mandaten.

Der Einstieg in die politische Arbeit

Wer in die SPD eintritt, hat eine politische Motivation – neue Genossinnen und Genossen wollen etwas bewegen. Neue Mitglieder werden durch spezielle Seminare zur demokratischen Mitarbeit motiviert. Die Seminare haben niedersachsenweit stattgefunden und finden – trotz der Schwankungen bei den Neueintritten – regelmäßig statt. Ein weiterer Schwerpunkt der Bildungsarbeit in den Jahren 2013 bis 2015 wird die Durchführung von Mitgliederwerbeseminaren sein.

Grundwerte und Demokratie

Die SPD lebt von einer Politik, die sich den Grundwerten von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verpflichtet sieht. Zugleich hat die Sozialdemokratie geprägt, dass sie ihre Antworten auf soziale Fragen immer neu überdacht und der jeweiligen gesellschaftlichen Ausgangslage angepasst hat. In diesem Sinne haben wir in den Jahren 2011-2013 verstärkt Angebote gemacht, mit denen wir die politische Diskussion um Zukunftsthemen gemeinsam mit Bündnispartnern führen.

3. Beteiligung an politischer Bildung

Weiterhin wurden auch in den Jahren 2011 bis 2013 die Seminare gut besucht. Gerade das Jahr 2012 hat noch einmal eine deutliche Steigerung des Seminarangebots und der Beteiligung mit sich gebracht. Die Quote von Frauen in den Seminaren konnte von 2011 auf 2012 um drei Prozent gesteigert werden.

Die kommunalpolitischen Seminare finden – auch mit Abstand zur Kommunalwahl –

Bildungskommission

mit großer Teilnehmer/-innen-Zahl statt. Auch die Beteiligung von Teilnehmenden der anderen Bezirke an den Veranstaltungen hat sich gut entwickelt. Die Anteile an Teilnehmer/-innen entsprechen dabei weitgehend den Anteilen an Partei-Mitgliedern. Die Bildungsarbeit leistet damit einen aktiven Beitrag zur Kooperation der Bezirke und im Landesverband.

Bildungskommission (einfache Sprache)

Die SPD in Hannover findet Seminare für Mitglieder der SPD wichtig. Sie sollen Seminare mitmachen können und Politik verstehen. Auch in den letzten zwei Jahren haben wir viele Seminaren angeboten.

1. Gemeinsame Bildung in Niedersachsen Der SPD-Bezirk macht schon sehr lange viele Seminare. Seit 2 Jahren finden die Seminare an unterschiedlichen Orten in Niedersachsen statt. Früher haben wir Seminare nur im Bezirk Hannover durchgeführt. Das war für Mitglieder schlecht, die weit entfernt von Hannover wohnen.

Wir haben 2011 bis 2013 die Zusammenarbeit mit den anderen Bezirken und dem Landesverband verstärkt. Wir wollen, dass die SPD in ganz Niedersachsen gemeinsam politische Bildung verantwortet. Das gelingt bereits gut. Immer mehr Mitglieder nutzen diese Seminare. Beim Wahlkampf für die Kommunalen Räten und beim Wahlkampf für den Landtag wurden extra Seminare und Seminarreihen durchgeführt.

Im Bildungs- und TagungsZentrum HVHS Springe sind viele Seminare. Viele SPD-Mitglieder nutzen sie. Die gemeinsame Bildungsarbeit in Niedersachsen ist auf einem guten Weg.

2. Inhalte der Bildungsarbeit

An unseren Seminaren sind Menschen mit unterschiedlichen Wünschen und Zielen dahei. Frauen und Männer mit kommunalen Mandaten können lernen, wie man politische Arbeit macht. Sie üben zum Beispiel, wie eine Ratssitzung abläuft. Sie üben auch, wie man gut in Versammlungen redet. Sie lernen, wie man Geld vom Staat verantwortungsvoll verwaltet.

Auch neue SPD-Mitglieder können Seminare machen. Sie lernen, was die SPD früher gemacht hat und was sie heute für die Bürgerinnen und Bürger erreichen will. Die neuen SPD-Mitglieder lernen, wie man in Parteien mitmachen kann.

Auch erfahrene SPD-Mitglieder können an Seminaren teilnehmen. Sie sprechen über die Politik der SPD. So können die Mitglieder sich eine Meinung zu politischen Themen bilden. Das ist wichtig, weil die Politik der SPD weiterentwickelt werden muss. Die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität wollen wir so in der Zukunft für alle Menschen erreichen.

3. Beteiligung an politischer Bildung

Bei Seminaren machen viele mit. Bei vielen Seminaren müssen wir sogar Wartelisten aufschreiben. Schön ist, dass immer mehr Frauen an den Seminaren teilnehmen. Auch Menschen aus den anderen SPD-Bezirken in Niedersachsen machen bei den Seminaren mit. Die Teilnehmer kommen aus ganz Niedersachsen.

"Gestern – heute – morgen. 150 Jahre SPD"



Festveranstaltung des SPD-Bezirk Hannover

75 Tage nachdem die SPD im Alten Rathaus einen ebenso spannenden wie letztendlich erfolgreichen Wahlsieg bei der niedersächsischen Landtagswahl feiern konnte, feierte sie am 5. April am gleichen Ort erneut. Diesmal stand das 150-Jahr-Jubiläum der SPD und der 120. Geburtstag des SPD-Bezirk Hannovers an. Und auch bei dieser Veranstaltung ging es nicht um den einmal erreichten Erfolg, sondern darum, wie die SPD ihre erfolgreiche Politik in die Zukunft übersetzen kann. Sie bleibt nicht bei der Geschichte stehen, sondern fragt vor allem nach dem "schlagenden Herz" der Sozialdemokratie.

In der Veranstaltung wurden daher Erinnerungsorte der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung im Bezirk entlang der Themen gute Arbeit, soziale Gerechtigkeit, Gleichbe-

rechtigung und Demokratie vorgestellt. Im Folgenden diskutierten jeweils eine Genossin und ein Genosse über Handlungsaufträge für die Zukunft. So entstand das Bild einer ebenso traditionsreichen wie lebendigen Partei, die aus ihrer Geschichte heraus viele Handlungsaufträge in der Zukunft zu erledigen hat.

Stefan Schostok und Gabriele Lösekrug-Möller, Frauke Heiligenstadt und Ulrich Watermann, Sigrid Häfner und Maximilian Schmidt, Rolf Wernstedt und Anke Pörksen skizzierten die Fragen, die sich für die Sozialdemokratie in Zukunft stellen werden, wenn sie ihre Grundwerte leben und realisieren will. Auch die nächsten Ziele und Schritte wurden benannt. So wurden Mindestlöhne, die Ausweitung der frühkindlichen Förderung, durchlässige und

Die Erinnerungsorte und Präsentationen	und wofür sie stehen
Das Volksheim / Volksblatt Göttingen (Film)	steht für die Stärke durch eine enge Kooperation der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung (Gewerkschaften und SPD). Das gemeinsame Haus war – vor der Enteignung – ein Treff- und Organisa- tionpunkt.
Das Bildungs- und TagungsZentrum HVHS Springe (Film)	steht für den Anspruch einer eman- zipativen politischen Bildung in einem gemeinsam von Sozialdemokrat/-innen und Gewerkschaften getragenen Bil- dungshaus.
Das Freizeitheim Linden (Film)	steht dafür, dass die Sozialdemokratie verantwortlich die Lebensbedingungen direkt vor Ort sozial gestalten will.
Die Erinnerung an Louise Ebert (Ausstellungsstück / Rollup)	steht dafür, dass wichtige Politikerin- nen viel bewirkt und dennoch nur selten entsprechend in der Geschichtsschrei- bung gewürdigt werden.
Das Theaterstück "Rosa" aus dem Unter- bezirk Hameln-Pyrmont (Theaterstück)	steht für die SPD als Partei der Gleich- berechtigung, die mit und durch mutige Frauen Erfolg hatte und hat.
Das Interview mit Heinrich Hesse zum Wirken Georg Diederichs (Film)	steht für die vielen erfolgreichen SPD- Politiker aus dem Bezirk, die als Minister- präsidenten Verantwortung für das Land Niedersachsen übernommen hat.
Die Rote Linie Sarstedt entlang der Route, auf der der sozialdemokratische Bürger- meister Otto Budschigk gejagt wurde (Film und Präsentation)	steht für die Notwendigkeit, dass die Sozialdemokratie Demokratie und Men- schenrechte, die sie mit erkämpft, enga- giert verteidigt und verteidigen muss.



kostenfreie Bildungsangebote, eine mutige Fortsetzung der Gleichberechtigungspolitik, mehr Förderung und Qualität, aber auch bessere Rahmenbedingungen für die Arbeit der Jobcenter, die gerechte Verteilung von Ressourcen und eine weitere Demokratisierung mit Zustimmung des Publikums gefordert. Die Veranstaltung lieferte damit einmal mehr den Nachweis, dass es – neben aller richtigen und wichtigen Auseinandersetzung in der Partei – eine große Einigkeit in der politischen Programmatik gibt.

Deutlich wurde nicht zuletzt auch, dass die Partei vor allem dann erfolgreich sein kann, wenn sie solidarisch und demokratisch zusammenarbeitet: Das Konzept für die Veranstaltung war von den Jubiläumsbeauftragten der Unterbezirke und des Bezirks gemeinsam bei einer Geschichts-





viel Herz und Engagement ist es gelungen, die Geschichte und Traditionen der SPD im Bezirk Hannover anschaulich zu machen. Besinnlich und zugleich unterhaltsam ging es zu, und viel Gesprächsstoff gab es in der Pause und danach.

Die SPD im Bezirk Hannover schätzt ihre Traditionen und ist lebendig in der Gegenwart – das haben wir gemeinsam gefeiert!

werkstatt erarbeitet und entwickelt worden. Die Filmbeiträge zu den Erinnerungsorten wurden vor Ort erstellt.

Das Programm wurde festlich umrahmt und auch hier konnten wir auf eine lebendige Tradition zurückgreifen: Der DGB-Chor führte die Teilnehmenden durch eine Auswahl bekannter Lieder der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung.

Mit vielfältiger ehrenamtlicher Beteiligung, unterschiedlichsten Ideen und Präsentationen und vor allem – mit





Daten und Fakten zur Veranstaltung

Termin

5. April 2013, 17.00 bis 21.00 Uhr

Ort

Altes Rathaus Hannover, Festsaal

Publikum

ca. 160 Personen

Mitwirkende

ca. 50 Personen

Moderation

Klecha, Dr. Stephan Löser, Jessica

Redner/-innen und Talkgäste:

Häfner, Sigrid
Heiligenstadt, Frauke, MdL, Ministerin
Lösekrug-Möller, Gabriele, MdB
Pörksen, Anke, Regierungssprecherin
Schmidt, Maximilian, MdL
Schostok, Stefan
Watermann, Ulrich MdL
Weil, Stephan MdL
Wernstedt, Prof. Rolf Minister a.D.

Kulturelle Beiträge:

Diana Babalola (Sängerin), DGB-Chor Hannover, Theaterprojekt "Rosa"

Die SPD im Bezirk Hannover hat seit den 1990er Jahren einen umfassenden Restrukturierungsprozess vorgenommen, der die finanzielle Handlungsfähigkeit der Partei herstellen beziehungsweise sichern sollte. Dabei waren die Rahmenbedingungen schon damals nicht günstig. Ein neutrales Saldo bei Ein- und Austritten führte in Anbetracht des demografischen Aufbaus der Partei dazu, dass die Mitgliederzahlen kontinuierlich sanken. Zugleich blieben die Ausgaben für Personal bestehen und die Wahlkampagnen brachten zusätzliche Ausgaben. Die Anpassung beim Personal durch den Abbau von Kapazitäten in den Unterbezirken und vor allem im Bezirk selber waren. seinerzeit bereits unausweichlich. Damit konnte der Bezirk über längere Zeit seine Liquidität sichern und zugleich die Präsenz in der Fläche erhalten. In dieser Phase war es aber nicht möglich, noch Vorsorge zu treffen für Einbrüche in der Wählergunst, wie sie zu Beginn des neuen Jahrtausends eingetreten sind. Dadurch verschlechterten sich die Einnahmen aus der staatlichen Parteienfinanzierung, eine der drei zentralen Einnahmequellen des SPD-Bezirks, während zugleich die Ansprüche für eine professionelle Wahlkampfführung hoch blieben. Spätestens nach der neuerlich verlorenen Landtagswahl 2008 und den dramatischen Einbrüchen bei der Bundestagswahl 2009 (sowie den weiterhin katastrophalen Werten bei der Europawahl) war klar, dass strukturell Einnahmen weggebrochen sind, die Kompensationen an anderer Stelle erforderten.

Vermögens- und Mittellage

Der Bezirk hat seinerzeit die Weichen gestellt, um wieder finanzielle Handlungsfähigkeit zu gewinnen. Durch Immobilienverkäufe sind Erlöse erzielt worden, mittels derer das erforderlich gewordene Liquiditätsdarlehen beim Parteivorstand teilweise getilgt wurde. Zugleich ist die Einnahmenseite des Bezirks durch die Kampagne zur Beitragssolidarität nachhaltig gestärkt worden. Insofern konnte ich 2011 von meinem Vorgänger Wolf Kutzer ein wohlbestelltes Feld übernehmen.

Das Aufkommen an Mitgliedsbeiträgen übersteigt nunmehr wieder die Personalkosten. Diese Linie sollte der Bezirk in den kommenden Jahren halten. Die Wirtschaftspläne der Jahre 2011 und 2012 sahen Überschüsse beziehungsweise eine "schwarze Null" vor. Die realen Abschlüsse fielen sogar besser aus. Für Altersteilzeitregelungen sind zugleich Rückstellungen gebildet worden, die in den folgenden Jahren wieder aufgelöst werden.

Die Finanzlage des Bezirks dürfte sich in der mittelfristigen Planung entsprechend weiter verbessern. In Hinblick auf die im Jahresverlauf schwankende Liquiditätslage des Bezirks, die sich aus unterschiedlich hohen Beitragseinzügen in den einzelnen Ouartalen ergibt, hat der SPD-Bezirk bei Gliederungen des Bezirks Darlehen aufgenommen. Der für die Gliederungen attraktive Zinssatz ist dabei für den Bezirk günstiger als die Inanspruchnahme des Überziehungskredits bei der Bank. Gleichzeitig ist für die Gliederungen der Zinssatz attraktiver als für Termingelder bei den Banken. Insgesamt ist dadurch die finanzielle Handlungsfähigkeit im Gesamtbezirk gestiegen. Das im Rechenschaftszeitraum sinkende allgemeine Zinsniveau ist Zug um Zug in den Darlehensverträgen abgebildet worden. Zugleich sind die Verbindlichkeiten insgesamt abgebaut worden. Insgesamt sind die Zinsausgaben von 25.282 Euro (2010) auf nunmehr 8.504 Euro (2012) abgesenkt worden. Langfristig muss die Perspektive für den Bezirk sein, die Liquiditätsschwankungen aus eigenen Rücklagen bestreiten zu können und statt Zins-

ausgaben dann Zinserträge zu generieren. Mit der Abtragung des Darlehens des Parteivorstands wäre der Bezirk Hannover eigentlich schuldenfrei. Aus Gründen der Rechnungslegung sind aber die erwähnten Verbindlichkeiten gegenüber den Untergliederungen ieweils zum 31.12. als Schulden zu buchen. Sie stellen somit im Wesentlichen den Grund für das unvermindert negative Reinvermögen der Gliederungsebene Bezirk dar. Durch ein etwas besseres Liquiditätsmanagement wird beabsichtigt, künftig die Schwankungen im Jahresverlauf besser aufzufangen, die Verschuldung zum Ende des Rechnungsjahres insgesamt aber zu reduzieren.

Unabhängig davon wird es in den kommenden Jahren darum gehen, die Liquidität des Bezirks insgesamt zu steigern und durch die Bildung von Rücklagen entsprechende Puffer aufzubauen. Dieses ist nicht zuletzt deswegen notwendig, weil wir im Bezirk auch Sorge für die Finanzausstattung der Unterbezirke, des Landesverbands und der Verwaltungsgesellschaft zu tragen haben. In Hinblick auf die Unterbezirke geht es vor allem um die Sicherung der Liquidität im Einzelfall für die Wahlen für die Landräte und Bürgermeister, von denen über 200 in den kommenden Jahren im Bezirk Hannover anstehen.

Trotz der Sondertilgung von Bezirk, Unterbezirken und Ortsvereinen nach der Wahlniederlage im Jahre 2003 sind im Landesverband im Endeffekt Altschulden aus vorangegangenen Perioden verblieben. Durch die Finanzierung des Wahlkampfes 2013 ergab sich die Möglichkeit, über den Parteivorstand eine Umschuldung vorzunehmen, die den Landesverband bis 2017 ganz oder weitgehend von seinen Schulden befreit. Voraussetzung war die direkte Übernahme eines Teils der Schulden durch

die Bezirke sowie eine Fortschreibung der seit 2008 gewährten erhöhten Zuschüsse der Bezirke an den Landesverband. Beides ist in der mittelfristigen Finanzplanung des Bezirks berücksichtigt und kann aus den zu erwartenden Einnahmen bestritten werden. Zur Sicherstellung der Liquidität hat der Bezirksvorstand auf Empfehlung des Schatzmeisters entschieden, für den Restanteil des Bezirks in Höhe von gut 100.000 Euro über die folgenden vier Jahr hinweg anzusparen.

Weitere Rücklagenbildungen, etwa für Investitionen und Sanierungen, welche die Verwaltungsgesellschaft nicht aus eigener Kraft finanzieren kann, lassen sich indes gegenwärtig nicht abbilden, sollten aber perspektivisch im Bezirkshaushalt Berücksichtigung finden. Mithin ist auch bei einer Besserung der wirtschaftlichen Lage eine Zurückhaltung hinsichtlich der Ausgaben unerlässlich. Dieses setzt eine weiterhin strenge Haushaltsdisziplin voraus, aber auch bei den laufenden Verpflichtungen des Bezirks ist der Bezirksvorstand bemüht, Liquiditätsreserven zu schaffen.

Wenn man einen Blick auf die Gesamtbilanz aller Gliederungsebenen wirft, so hat sich das Gesamtvermögen des Bezirks (also unter Einbezug aller Unterbezirke und Ortsvereine) von 3,1 Milionen Euro in 2010 auf 2,2 Millionen Euro in 2011 verändert. Der Rückgang in 2011 erklärt sich im Wesentlichen mit den Ausgaben für die Kommunalwahl. Das Gros des Vermögens befindet sich unvermindert bei den Ortsvereinen. Freilich gibt es erhebliche Unterschiede. Während einige Gliederungen finanziell überaus gut dastehen, sind anderswo die finanziellen Möglichkeiten sehr begrenzt.

Einnahmenentwicklung

Die Einnahmen des Bezirks setzen sich im

Wesentlichen aus drei Einnahmepositionen zusammen: Mitgliedsbeiträge, staatliche Teilfinanzierung und Sonderbeiträge. Zudem werden Kosten für Materialien. Postversand, Internet oder Druckerei den Gliederungen in Rechnung gestellt und von anderen Gliederungen beglichen. Die wichtigste Einnahmequelle des Bezirks bleiben die Mitgliedsbeiträge. Gegenüber 2008 mit 1.75 Miollionen Euro sind nicht zuletzt durch die Aktion zur Beitragssolidarität die Beitragseinnahmen auf insgesamt jeweils gut 2,0 Millionen Euro in 2011 und 2012 angestiegen. Zentrale Aufgabe bleibt es mithin, diese Einnahmepositionen nachhaltig zu stärken, ohne zugleich wieder eine Kampagne zur Beitragssolidarität zu starten. Nachdem wir 2010 einen Durchschnittsbeitrag von 7,82 Euo im Bezirk hatten, ist dieser durch die Beitragssolidaritätsaktion bereits auf 9,05 Euro gestiegen. Ende 2012 lag der Durchschnittsbeitrag bereits bei 9,44 Euro. Der Bezirk bewegt sich damit insgesamt im vorderen Mittelfeld aller Bezirke (Tabelle 1).

In den Unterbezirken war die Beitragsentwicklung sehr unterschiedlich. In einigen

Unterbezirken blieb der Anstieg der Beiträge deutlich hinter der regulären Beitragsanpassung zurück.

Im Bezirk gibt es 19 Ortsvereine beziehungsweise Abteilungen, die einen durchschnittlichen Mitgliedsbeitrag von weniger als 5,00 Euro aufweisen. Ebenfalls 19 Ortsvereine weisen einen durchschnittlichen Monatsbeitrag von mehr als 15,00 Euro auf. Das ist Teil der innerparteilichen Solidarität. Aber die Handlungsfähigkeit der Partei insgesamt hängt davon ab, dass auch alle bereit sind, zur innerparteilichen Solidarität beizutragen. Davon hängt, um das nochmals zu betonen, vor allem die Ausstattung der Büros in den Unterbezirken maßgeblich ab. Die Überprüfung der Mitgliedsbeiträge bleibt somit eine stetige Aufgabe aller Schatzmeister im Bezirk.

Ungeachtet der notwendigen Anstrengungen, die damit zusammenhängen, bringt die günstigen Lohnentwicklung im Vorjahr für das Beitragsaufkommen des Bezirks eine deutliche Verbesserung, weil die turnusmäßige Beitragsanpassung zu Beginn des Jahres 2013 vergleichsweise hoch ausfiel.

Tabelle 1: Durchschnittsbeiträge				
	2010	2011	2012	Steigerung
SPD-UB Region Hannover	11,00 Euro	11,01 Euro	11,42 Euro	3,8%
SPD-UB Lüneburg	9,95 Euro	10,05 Euro	10,66 Euro	7,1%
SPD-UB Landkreis Harburg	10,53 Euro	10,36 Euro	10,56 Euro	0,3%
SPD-UB Celle	9,62 Euro	9,72 Euro	10,06 Euro	4,6%
Bezirk gesamt	9,06 Euro	9,35 Euro	9,44 Euro	4,2%
SPD-UB Göttingen	9,03 Euro	9,06 Euro	9,44 Euro	4,5%
SPD-UB Diepholz	8,40 Euro	8,53 Euro	9,27 Euro	10,4%
SPD-UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg	9,03 Euro	9,11 Euro	9,07 Euro	0,4%
SPD-UB Nienburg	7,95 Euro	8,01 Euro	8,37 Euro	5,3%
SPD-UB Hameln-Pyrmont	7,49 Euro	7,56 Euro	7,78 Euro	3,9%
SPD-UB Northeim-Einbeck	7,20 Euro	7,26 Euro	7,67 Euro	6,5%
SPD-UB Hildesheim	7,23 Euro	7,20 Euro	7,47 Euro	3,3%
SPD-UB Schaumburg	7,02 Euro	7,06 Euro	7,21 Euro	2,7%
SPD-UB Holzminden	6,98 Euro	6,97 Euro	7,17 Euro	2,7%

Dabei muss allerdings klar sein, dass aus demografischen Gründen mit einer weiterhin leicht sinkenden Mitgliederzahl gerechnet werden muss, so dass wir unterm Strich mit Konstanz bei dieser Einnahmeposition rechnen können, jedoch kaum mit einem deutlichen Aufwuchs.

Durch die 2011 vom Bundesparteitag geänderte Finanzordnung ist die Progression bei den Beitragssätzen abgemildert worden, in der Annahme damit mehr Beitragsehrlichkeit und -solidarität zu erzielen. Im Gegenzug wird von den gewählten Wahlbeamten (in Abhängigkeit von der jeweiligen Besoldungsstufe zwischen 50.00 Euro und 250,00 Euro) und Bundestagsabgeordneten (250,00 Euro) ein höherer regulärer monatlicher Mindestbeitrag erwartet. Für die Landtagsabgeordneten haben sich die Bezirke in Niedersachsen auf einen regulär zu erwartenden monatlichen Mindestbeitrag in Höhe von 150,00 Euro verständigt. Während im Bereich der Abgeordneten die Beitragssätze sich schon vor der Änderung der Finanzordnung mit einer Ausnahme im Bereich des zu erwartenden Betrags bewegt hatten, waren, liegen die Mitgliedsbeiträge

der sozialdemokratischen Wahlbeamten vielfach niedriger. Es ist hier insbesondere Aufgabe der Finanzverantwortlichen vor Ort, die Wahlbeamten an ihre regulären Beitragspflichten zu erinnern. Der jeweils vereinbarte Sonderbeitrag befreit sie nicht von ihrer Pflicht zur regulären Beitragszahlung. Dennoch wird davon ausgegangen, dass im Vorfeld der in den kommenden Jahren anstehenden Direktwahlen das Thema regulärer Beitrag und Sonderbeiträge von den Finanzverantwortlichen angesprochen werden

Ein besonderes Augenmerk war im Berichtszeitraum den Beitragsrückständen gewidmet worden. In einem erheblichen Umfang gehen der SPD im Bezirk Hannover dadurch Beiträge verloren. Im Herbst 2011 schuldeten alleine diejenigen Mitglieder, die über 24 Monate säumig sind, monatliche Beiträge in Höhe von rund 5.500 Euro. Damit fehlen im Jahr also den unterschiedlichen Ebenen 66.000 Euro. Die Gründe für die Säumigkeit sind sehr unterschiedlich. In einigen Fällen dürfte es schlicht daran liegen, dass Kontendaten (etwa wegen Umzug oder ähnlichem) fehlerhaft sind. Hier ist

das persönliche Gespräch der örtlichen Kassiererinnen und Kassierer gefragt. Sowohl in den Kassiererschulungen, in der Finanzkommission und bei Besprechungen mit den Finanzverantwortlichen der Unterbezirke ist dieses Thema wiederholt aufgegriffen worden. Die Arbeit der Kassiererinnen und Kassierer wird in diesem Zusammenhang nunmehr dadurch unterstützt, dass die Informationen über die säumigen Mitglieder nunmehr auch den Ortsvereinsvorsitzenden zugänglich gemacht werden. Die Sicherung der Finanz- und Organisationskraft der Partei ist eine Auf-

Tabelle 2:		
Säumige Mitglieder mit meh	ir als 24 Mona	ten Verzug
UB	Anfang 2012	Ende 2012
Celle	64	77
Diepholz	35	14
Göttingen	106	112
Hameln-Pyrmont	29	39
Hildesheim	122	120
Holzminden	14	20
Landkreis Harburg	24	26
Lüneburg	92	72
Nienburg	40	35
Northeim-Einbeck	34	40
Region Hannover	341	268
Schaumburg	72	85
Uelzen/Lüchow-Dannenber	g 25	35

gabe für die gesamte Organisation, nicht alleine der Kassiererinnen und Kassierer (Tabelle 2).

In etlichen Unterbezirken hat es erfreulicherweise einen deutlichen Rückgang bei den Langzeitsäumigen gegeben, so dass die Kassierungsquote insgesamt ansteigt. Kehrseite dieses Prozesses sind allerdings auch einige Streichungen von säumigen Mitgliedern.

Die staatliche Teilfinanzierung gestaltete sich im Rechenschaftszeitraum gemessen an den Erwartungen im Lichte der Wahlergebnisse überraschend positiv. Mit 502.836 Euro (2011) und 573.965 Euro (2012) blieb nicht nur ein befürchteter Einbruch aus, sondern die staatlichen Zuschüsse stiegen sogar deutlich an. Der Hauptgrund dafür war die Anhebung der relativen Obergrenze. Diese deckelt die eigentlich aus den Wahlergebnissen und Spenden resultierenden Ansprüche der Parteien bisher immer ab. Auf Grund einer nochmaligen Anhebung in Verbindung mit einem erhöhten Spendenaufkommen im maßgeblichen Kommunalwahljahr 2011 hat der Bezirk auch im Jahre 2013 die staatlichen Mitteln steigern können.

Während das Spendenaufkommen zur Kommunalwahl ein besonderer Effekt des Jahres 2011 war, könnten Stimmensteigerungen bei der anstehenden Bundestagsund Europawahl eine weitere Verbesserung der Einnahmeposition bringen. Eine solche Hoffnungsgröße ist jedoch in der mittelfristigen Finanzplanung des Bezirks nicht eingeplant. Nur bedingt positiv wirkt sich auch das Landtagswahlergebnis für den Bezirk Hannover aus. Da die Mittel des Landes ungeschmälert und direkt dem Landesverband zukommen, die Mittel des Bundes aber nach einem Verteilschlüssel an die Be-

zirke unter Berücksichtigung der Kappung durch die relative Obergrenze und nach Abzug des Landesanteils durchgeleitet werden, ist zu erwarten, dass die 2014 zu erwartende Summe unterhalb des 2013 erzielten Betrags liegen wird.

Die Sonderbeiträge sind mit einer Ausnahme im Rechenschaftszeitraum von den Mandatsträgern korrekt bezahlt worden. Mit jeweils 121.800 Euro im Jahr liegt das vereinnahmte Niveau um knapp 20.000 Euro niedriger als 2007. Im Hinblick auf die Stärkung der Einnahmeposition des Bezirks haben sich die niedersächsischen Bezirke auch auf eine maßvolle Anhebung der Sonderbeiträge der Mandatsträger verständigt. Erstmals seit 1996 steigen somit die Sonderbeiträge bei den Landtagsabgeordneten. Dabei ist in die Anhebung eingeflossen, dass seitdem auch die Bezüge der Abgeordneten gestiegen sind und mittlerweile einer Dynamisierung unterliegen. Im Zuge der Gleichbehandlung von Landtags- und Bundestagsabgeordneten werden ab der 18. Legislaturperiode auch die Bundestagsabgeordneten entsprechend höhere Sonderbeiträge zu leisten haben. Sonderlich große Zuwächse sind dadurch nicht zu erwarten, weil sich durch die Landtagswahl 2013 die Zahl der Landtagsabgeordneten aus dem Bezirk Hannover um einen reduziert hat. Bedingt durch andere Funktionen (Ministerpräsident, Minister) dürfte das Volumen insgesamt jedoch leicht ansteigen.

Als Einnahmeposition zu vernachlässigen sind auf der Bezirksebene die Spenden, da das Gros der Spenden in den Ortsvereinen, Gemeindeverbänden und Unterbezirken vereinnahmt wird. Allerdings war es 2012 möglich, im Rahmen einer anlassbezogenen Spendenaktion für einen Austausch der Jusos mit ihrer Partnerorganisation in Kenia hier ein gewisses Aufkommen zu generie-

ren. Der Bezirk hat die Mittel durchgeleitet und verstärkt, so dass die Spendenaktion mehr als in vollem Umfang den Jusos zur Verfügung stand.

Sowohl die Druckerei als auch die Abrechnung des Content-Management-Systems (CMS) des Landesverbands werden die kommenden Jahre Zug um Zug stärker in eine Vollkostenrechnung überführt. Wichtig ist dabei, dass wir einerseits als Bezirk Angebote und Dienstleistungen in gleicher Qualität wie private Anbieter vorhalten, dass wir aber andererseits durch Passgenauigkeit für die Bedarfe der Partei als auch eine besondere Flexibilität gewährleisten. Für die Gliederungen des Bezirks ist zudem wichtig, dass die angebotenen Leistungen trotzdem nicht teurer sind als auf dem Markt. Dementsprechend werden Anpassungen der Preise hier nur maßvoll erfolgen.

Der Bezirk erbringt zudem einige Leistungen für Externe. Dabei werden auch hier künftig die Aufwendungen in Rechnung gestellt. Nach diesem Modell ist die Personalbuchhaltung für den Bezirk Nordniedersachsen vom Bezirk Hannover übernommen worden.

Ausgaben

Die Ausgaben des Bezirks sind größtenteils Fixkosten. Der Bezirk finanziert Personal im Bezirksbüro selbst, durch Gestellungen im Landesverband und vor allem die hauptamtliche Besetzung der Büros in den Unterbezirken. Gerade die Präsenz in der Fläche trägt erheblich dazu bei, dass die SPD kampagnenfähig ist. Die Büroleiterinnen und Büroleiter, die Geschäftsführerinnen vor Ort und die Sachbearbeiter in den Büros stellen ein wichtiges organisatorisches Rückgrat für den Wahlkampf, aber auch für die allgemeine Parteiarbeit dar. Die Anforderungen an die Hauptamtlichen sind in diesem Zu-

sammenhang in den letzten Jahren gestiegen. Ein wesentlicher Teil der Aufgaben, die in der Vergangenheit von Ehrenamtlichen erfüllt wurden, werden nunmehr durch die Büros abgedeckt. Das ist wichtig, um die Ehrenamtlichen von lästigen Organisationsaufgaben zu entlasten, führt aber zu einer Arbeitsverdichtung in den Büros. Die Strukturkommission hat im Zuge dessen Anpassungen bei der Bewertung von Stellen und von temporären Stellenbedarfen vorgenommen, die sich bei den Personalausgaben kostensteigernd auswirken.

Mit 1,85 Millionen Euro (2011) und 1,9 Millionen Euro (2012) lagen die Personalkosten insgesamt unterhalb der Beitragseinnahmen, aber auch unterhalb der im Wirtschaftsplan vorgesehenen Ansätze. Der Grund waren zeitweilige Personalvakanzen im Bezirksbüro und in einzelnen Unterbezirken. Solche Effekte sind in den folgenden Jahren nicht zwangsläufig zu erwarten, zumal die bereits skizzierte Personalentwicklung und die für 2013 vereinbarte Tariferhöhungen zu Kostensteigerungen führen. Zielmarge für den Bezirksvorstand ist, die Personalausgaben unterhalb der Beitragseinnahmen zu belassen. Ungeachtet dessen werden in 2013 Mehrbedarfe im Bundestagswahlkampf temporär höhere Ausgaben zur Folge haben. Im Ergebnis plant der Bezirksvorstand für 2013 mit einer "roten Null" im Wirtschaftsplan, wird in den folgenden Jahren diese bei Fortschreibung der bisherigen Einnahmen und Ausgaben aber refinanzieren können.

Der Bezirk Hannover präferiert seit Jahren eine Stärkung des Landesverbands. Auch ohne die politisch vom Bezirk gewollte Bildung eines Landesbezirks hat es eine Stärkung der Handlungsfähigkeit der Partei in Niedersachsen gegeben, die sich im Landtagswahlkampf ausgezahlt hat. Eine Vor-

aussetzung dafür war ein erhöhte Zuschuss in Höhe von 210.000 Euro jährlich an den Landesverband sowie die Gestellung von zwei Stellen nebst Nebenkosten. Mit dem Mittelfluss ist zugleich eine Überführung der Aufgaben (Bildungsarbeit, CMS, Kampagnenführung) verbunden gewesen. Insofern würde ein Wegfall dieser Finanzierung keine verminderten Ausgaben beim Bezirk Hannover zur Folge haben. Solange es keine Veränderung der Organisationsstruktur im Lande gibt, bleibt es daher wichtig, Doppelaufgaben zu vermeiden Das setzt voraus, sowohl im Bezirk als auch im Landesverband stets zu fragen, wer welche Aufgabe übernimmt. Wichtig ist dabei, dass die örtliche Arbeit gestärkt wird. Verwaltungsaufgaben, organisatorische Fragen und ähnliches sollen zentral erledigt werden. Der Bezirksvorstand schlägt in diesem Zusammenhang dem Bezirksparteitag auch eine Satzungsänderung vor, um die Vertreterkonferenzen auf der Bezirksebene für die Wahlen auf Landes- und Bundesebene abzuschaffen und stattdessen in den Unterbezirken zu wählen. Gleichzeitig sollen die Konferenzen für die Europawahlen verkleinert werden. Das schafft nebenbei auch finanzielle Entlastungen beim Bezirk.

Die Unterbezirksbüros erhalten durch den Bezirk einen Zuschuss für die anfallenden Bürokosten. Dabei wird der Tatsache Rechnung getragen, ob Wahlkreise vakant sind oder nicht. Für 2013 ist der Zuschuss dabei stark auf die Bedürfnisse im Bundestagswahljahr angepasst worden. Zugleich nimmt der Bezirk unvermindert eine Reihe von organisatorischen Aufgaben zentral wahr. Im Zuge dessen übernimmt der Bezirk die Kosten für den Versand der Beitragsquittungen, zahlt die Versicherung aller Ehrenamtlichen, begleicht GEMA-Gebühren und beteiligt sich an den Leitungs- und Vernetzungskosten.

Stärkung der Organisationskraft

Der Haushalt für das Wahlkampfjahr 2012 war bereits dadurch geprägt, dass die Einmaleffekte durch die Immobilienverkäufe des Jahres 2011 natürlich nicht wiederholbar waren. Der Bezirksvorstand hat im Hinblick auf die anstehenden Wahlkämpfe und der damit verbundenen Möglichkeit, eine bessere Mitgliederwerbung zu betreiben, ein Projekt zur Stärkung der Organisationskraft beschlossen. Die Partei muss jährlich ungefähr 3,3 Prozent ihres gegenwärtigen Mitgliederbestands an Neuaufnahmen erzielen, wenn sie langfristig die Mitgliederzahl halten will. Zudem gibt es einige Bereiche, in denen bestimmte Zielgruppen nicht angemessen in der Partei repräsentiert sind. Die Erfahrungen, etwa der Gewerkschaften, zeigen, dass die Mitgliederentwicklung keineswegs zwangsläufig negativ sein muss. Das setzt aber voraus, dass Mitgliederwerbung und -aktivierung als Aufgaben ernst genommen werden.

Den Unterbezirken werden im Zuge des vom Bezirksvorstand beschlossenen Projekts einige Handlungsoptionen aufgezeigt, um die finanziellen Möglichkeiten der Partei zu verbessern und um die personelle Situation nachhaltig zu stärken. Jeder Unterbezirk kann dabei eigene Schwerpunkte setzen. Der Bezirk unterstützt dieses Vorgehen, indem er unter anderem einmalig auf Beitragsanteile verzichtet und bestimmte finanzielle Anreize setzt. Dieses Projekt zielt auf die Werbung von Neumitgliedern, die Rückholung ausgetretener Mitglieder, die Werbung jüngerer Mitglieder, die Steigerung des Frauenanteils sowie den Aufbau von betrieblichen Strukturen sowie Strukturen für Juso-Arbeitsgemeinschaften. Auch war es möglich, Zuschüsse für die Ansprache von Nichtmitgliedern zu beantragen. Eine Kombination mit Mitteln aus dem Innovationsfonds war zudem möglich und

wurde von einigen Unterbezirken auch genutzt (Tabelle 3).

Erfolge und Mittelabrufe im Jahr 2012 waren dabei geringer als erwartet. Für 2013 besteht die Hoffnung, dass durch die beiden Wahlkämpfe bessere Resultate möglich sind. Zugleich hat es aber im Zuge der Auswertung der Landtagswahl bereits Hinweise gegeben, dass eine Verstetigung solcher Anreize gewünscht ist.

Ausblick und Danksagung

Die SPD blickt stolz auf 150 Jahre Geschichte zurück. Das sind auch 150 Jahre Kassiererwesen in der SPD, getragen von Ehrenamtlichen. Finanziert vom Arbeitergroschen, ist die Partei gewachsen. Ohne diese Leistung wäre die Partei nicht das geworden, was sie ist. Geordnete Finanzen waren und sind ein Markenzeichen der Partei. Dementsprechend gilt mein Dank nicht nur den zahlreichen aktiven Kassiererinnen und Kassierern in den Ortsvereinen und Unterbezirken, sondern auch jenen, die in den vergangenen Jahrzehnten dazu beigetragen haben, dass die Finanzen unserer Partei geordnet

waren. Wir hatten keine Spendenskandale wie die CDU zu verantworten. Wir hatten keine verworrenen Finanzierungen über staatsbürgerliche Vereinigungen oder ähnliches besessen. Auch darauf kann die SPD stolz sein.

Die Kassiererinnen und Kassierer im Bezirk Hannover, in den Ortsvereinen und Unterbezirken, haben in den letzten Jahren wieder hervorragende Arbeit geleistet, so dass der konsolidierte Rechenschaftsbericht ohne Beanstandungen erstellt werden konnte. Gerade die Anforderungen aus dem Parteiengesetz an die Rechnungslegung vor Ort sind hoch. Der Bezirk unterstützt die Kassiererinnen und Kassierer durch Schulungen und ständige Beratung in ihrer Arbeit. Besonders zu danken ist den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unseres Bezirks, die dazu beigetragen haben, die Wirtschaftspläne umzusetzen, die das Engagement unserer Ehrenamtlichen vorbildlich unterstützen und auf die wir uns verlassen können. Namentlich und stellvertretend für alle Beschäftigten im Kurt-Schumacher-Haus und in den Unterbezirksbüros gilt mein Dank der Geschäftsführerin

Finanzen, Marga Süsselbeck, und der leitenden Geschäftsführerin, Erika Huxhold, sowie ihrem Vorgänger, Hansjörg Schell. Der Dank gebührt auch den Revisoren, die sich nicht nur von der Ordnungsgemäßheit der Kassenführung überzeugen konnten, sondern die mit ihren Hinweisen auch Vorschläge zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage geleistet haben.

Tabelle 3: Auszahlung	gen Stärkung Organisatio	onskraft
UB	Aus Projekten,	Aus Mitglieder-
	AG-Gründungen etc.	entwicklung
Celle		29,00 Euro
Diepholz		14,50 Wuro
Göttingen		225,00 Euro
Hameln-Pyrmont	500 Euro	14,50 Euro
Hildesheim	500 Euro	58,00 Euro
Holzminden		o,oo Euro
Landkreis Harburg		o,oo Euro
Lüneburg	500 Euro	202,00 Euro
Nienburg		29,00 Euro
Northeim-Einbeck		14,50 Euro
Region Hannover	2.500 Euro	995,00 Euro
Schaumburg		o,oo Euro
Uelzen/Lüchow-Dan	inenberg	14,50 Euro

Dr. Stephan Klecha

Finanzbericht | Einnahme- / Ausgabenrechnung für das Jahr 2011

	Bezirk	OV's	NB's	Summe	Gesamt
1. Einnahmen				(OV's+UB's)	(Bez.,OV's, UB's)
1. Mitgliedsbeiträge	2.006.704,55	422.717,52	45.549,93	468.267,45	2.474.972,00
2. Mandatsträgerbeiträge und ähnliche regelm. Beiträge	121.800,00	1.196.582,35	435.492,39	1.632.074,74	1.753.874,74
3. Spenden von natürlichen Personen	2.627,90	410.916,58	120.406,71	531.323,29	533.951,19
4. Spenden von juristischen Personen	00'0	26.776,75	11.271,00	38.047,75	38.047,75
5. Einnahmen aus Unternehmenstätigkeiten	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0
6. Einnahmen aus sonstigem Vermögen	5.882,95	15.728,42	2.470,78	18.199,20	24.082,15
7. Einnahmen aus Veranstaltungen,					
Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und					
sonst. mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	148.219,54	402.636,20	104.374,20	507.010,40	655.229,94
8. staatliche Mittel	502.836,04	00'0	00'0	00'0	502.836,04
9. Sonstige Einahmen	1.758,08	6.584,08	00'0	6.584,08	8.342,16
10. Zuschüsse von Gliederungen	440.500,00	112.380,87	150.215,41	262.596,28	703.096,28
11. Gesamteinnahmen	3.230.329,06	2.594.322,77	869.780,42	3.464.103,19	6.694.432,25
2. Ausgaben					
1. Personalausgaben	1.854.464,92	21.800,04	46.656,45	68.456,49	1.922.921,41
2. Sachausgaben					
a) des laufenden Geschäftsbetriebes	347.577,71	373.191,34	290.288,43	663.479,77	1.011.057,48
b) für allgemeine politische Arbeit	143.788,41	1.055.876,00	144.146,54	1.200.022,54	1.343.810,95
c) für Wahlkämpfe					
Europawahl	00'0	8,45	1.971,50	1.979,95	1.979,95
Bundestagswahl	00'0	623,84	275,00	898,84	898,84
Landtagswahl	16.315,99	4.869,53	11.448,83	16.318,36	32.634,35
Kommunalwahl	10.606,52	2.143.617,67	425.078,87	2.568.696,54	2.579.303,06
d) für die Vermögensverwaltung einschl. sich hieraus					
ergebender Zinsen	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0
e) sonstige Zinsen	12.843,18	2.972,66	3.027,28	5.999,94	18.843,12
f) sonstige Ausgaben	1.660,69	00'0	00'0	00'0	1.660.69
3. Zuschüsse an Gliederungen	487.756,89	197.090,66	11.072,62	208.163,28	695.920,17
4. Gesamtausgaben	2.875.014,31	3.800.050,19	933.965,52	4.734.015,71	7.609.030,02
3. Überschuss / Defizit (-)	355.314,75	-1.205.727,42	-64.185,10	-1.269.912,52	-914.597,77

Finanzbericht | Vermögensbilanz 2011

	Bezirk	OV's	UB's	Summe	Gesamt
1. Besitzposten				(ov's+UB's)	(Bez.,OV's, UB's)
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlage					
1. Haus- und Grundvermögen	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0
2. Geschäftsstellenausstattung	00'0	7.864,00	00'0	7.864,00	7.864,00
II. Finanzanlagen					
1. Beteiligungen an Unternehmen	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0
2. sonstige Finanzanlagen	00'0	72.070,56	81.725,54	153.796,10	153.796,10
Summe Anlagevermögen	00'0	79.934,56	81.725,54	161.660,10	161.660,10
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen an Gliederungen	198.106,79	40.043,23	484,54	40.527,77	238.634,56
II. Forderungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0
III. Geldbestände	82.116,03	2.309.829,78	310.771,07	2.620.600,85	2.702.716,88
IV. sonstige Vermögensgegenstände	32.602,63	2.917,64	00'0	2.917,64	35.520,27
Summe Umlaufvermögen	312.825,45	2.352.790,65	311.255,61	2.664.046,26	2.976.871,71
C. Gesamtbesitzposten	312.825,45	2.432.725,21	392.981,15	2.825.706,36	3.138.531,81
2. Schuldposten					
A. Rückstellungen					
I. Pensionsverpflichtungen	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0
II. sonstige Rückstellungen	215.905,31	00'0	00'0	00'0	215.905,31
Summe Rückstellungen	215.905,31	00'0	00'0	00'0	215.905,31
B. Verbindlichkeiten					
I. Verbindlichkeiten ggüb. Gliederungen	428.469,34	80.505,90	98.529,12	179.035,02	607.504,36
II. Rückzahl. Verpfl. Staatl. Mittel	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0
III. Verbindlichk. ggüb. Kreditinstituten	00'0	20.926,02	5.689,28	26.615,30	26.615,30
IV. Verbindlichk, ggüb. Sonst. Darl.gebern	00'0	00'0	00'0	00'0	00'0
V. sonstige Verbindlichkeiten	68.764,80	13.194,60	538,71	13.733,31	82.498,11
Summe Verbindlichkeiten	497.234,14	114.626,52	104.757,11	219.383,63	716.617,77
C. Gesamt Schuldposten	713.139,45	114.626,52	104.757.11	219.383,63	932.523,08
3. Reinvermögen	-400.314,00	2.318.098,69	288.224,04	2.606.322,73	2.206.008,73

Finanzbericht | Einnahme- / Ausgabenrechnung für das Jahr 2012

Anmerkung

Der Finanzbericht 2012 berücksichtigt das vom Bezirksvorstand am 9. März 2013 beschlossene vorläufige Ergebnis 2012.

Der endgültige Finanzbericht für das Jahr 2012 kann erst nach der Wirtschaftsprüfung veröffentlicht werden, die vom 10. bis 12. Juni 2013 stattfindet.

	Bezirk
1. Einnahmen	
1. Mitgliedsbeiträge	2.047.864,00
2. Mandatsträgerbeiträge und ähnliche regelm. Beiträge	121.800,00
3. Spenden von natürlichen Personen	5.875,00
4. Spenden von juristischen Personen	00'0
5. Einnahmen aus Unternehmenstätigkeiten	00'0
6. Einnahmen aus sonstigem Vermögen	1.162,00
7. Einnahmen aus Veranstaltungen,	
Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und	
sonst. mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	165.985,00
8. staatliche Mittel	581.740,00
9. Sonstige Einahmen	35,00
10. Zuschüsse von Gliederungen	1.725,00
11. Gesamteinnahmen	2.926.186,00
2. Ausgaben	
1. Personalausgaben	1.898.796,00
2. Sachausgaben	
a) des laufenden Geschäftsbetriebes	370.053,00
b) für allgemeine politische Arbeit	124.350,00
c) für Wahlkämpfe	17.939,00
d) für die Vermögensverwaltung einschl. sich hieraus	
ergebender Zinsen	00'0
e) sonstige Zinsen	8.513,00
f) sonstige Ausgaben	00'0
3. Zuschüsse an Gliederungen	272.260,00
4. Gesamtausgaben	2.691.911,00
a. Überschuss / Defizit (-)	224.275.00

Finanzbericht | Vermögensbilanz 2012

Dezir		00'0	00'0		00'0	00'0	00'0		116.701,00	00'0	263.096,00	000'0	379.797,00	379.797,00			00'0	174.903,00	174.903,00		110.00,00	00'0	00'11'00	187.500,00	2.801,00	542.181,00	542.181,00	-162.383,00	
1 Besitznosten	A. Anlagevermögen I. Sachanlage	1. Haus- und Grundvermögen	2. Geschäftsstellenausstattung	II. Finanzanlagen	1. Beteiligungen an Unternehmen	2. sonstige Finanzanlagen	Summe Anlagevermögen	B. Umlaufvermögen	I. Forderungen an Gliederungen	II. Forderungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	III. Geldbestände	IV. sonstige Vermögensgegenstände	Summe Umlaufvermögen	C. Gesamtbesitzposten	2. Schuldposten	A. Rückstellungen	I. Pensionsverpflichtungen	II. sonstige Rückstellungen	Summe Rückstellungen	B. Verbindlichkeiten	I. Verbindlichkeiten ggüb. Gliederungen	II. Rückzahl. Verpfl. Staatl. Mittel	III. Verbindlichk. ggüb. Kreditinstituten	IV. Verbindlichk, ggüb. Sonst. Darl.gebern	V. sonstige Verbindlichkeiten	Summe Verbindlichkeiten	C. Gesamt Schuldposten	3. Reinvermögen	

Revisionsbericht

Wir haben am 1. Juni 2012 die Kassen- und Revisionsprüfung für 2011 und am 3. Mai 2013 die Prüfung für 2012 durchgeführt. Die Buchhaltung hatte unsere Prüfung, wie immer, gut vorbereitet. Alle erforderlichen Unterlagen waren vorhanden. Erbetene Auskünfte wurden uns von Walter Priebe, Marga Süsselbeck und Stephan Klecha bereitwillig erteilt.

Unsere jeweiligen stichprobenhaften Einzelbelegprüfungen führten zu keinen wesentlichen Beanstandungen. Auch eine unvermutete Prüfung der Kasse bestätigte die große Sorgfalt und Zuverlässigkeit der Geschäftsstelle. Die Prüfung der Verbindung vom Beleg zur Finanzbuchführung und umgekehrt war leicht möglich. Die Anfangs- und Endbestände der Finanzkonten stimmen mit den Kontoauszügen, bzw. Kassenberichten überein. Die Sonderbeiträge der Mandatsträger wurden vom Bezirk gemäß den Vorstandsbeschlüssen erhoben. Die Erträge wurden nach unseren Feststellungen bestimmungsgemäß und in der Regel effizient eingesetzt. Allen dafür Verantwortlichen im Bezirksvorstand und in der Mitarbeiterschaft sei an dieser Stelle herzlich für ihren Einsatz gedankt.

Die bislang schwierige finanzielle Lage des Bezirks hat sich im Berichtszeitraum entspannt. Die Deckungslücke von Vermögen und Schulden belief sich am 31.12.2012 auf rund 180.000 Euro (31. Dezember 2010: 750.000 Euro); die Verbindlichkeiten verringerten sich auf 576.000 Euro (Vorjahre: 909.000 Euro). Zum Abbau der Verschuldung war aber auch die einmalige Veräußerung von Vermögenswerten erforderlich. Die Zinsbelastungen konnten durch ein aktives Management, auch durch Mithilfe von Gliederungen, weiter von 25.000 Euro in 2010 auf rund 10.000 Euro in 2012 reduziert werden.

Die Konsolidierungsbemühungen des Bezirks wurden im Berichtszeitraum fortgesetzt. Die Erfolgslage war sowohl in 2011, als auch in 2012 positiv; die Überschüsse beliefen sich auf insgesamt 567.600 Euro. Sie trugen dazu bei, dass die finanzielle Handlungsfähigkeit gewahrt wurde. Auch bei den Gliederungen hat sich die Finanzlage weiter verbessert. Die betroffenen Unterbezirke und Stadtverbände haben vereinbarungsgemäß ihre Verbindlichkeiten gegenüber dem Bezirk abgebaut. Dabei wurden die Forderungen des Bezirks auch angemessen verzinst. So sanken die Forderungen von rund 300.000 Euro in 2010 auf 123.000 Euro zum 31. Dezember 2012. Im gleichen Zeitraum stiegen die liquiden Mittel von 4.000 Euro auf 263.000 Euro.

Es darf auch nicht übersehen, dass die jeweilige Finanzausstattung zusammen mit der Finanzplanung für die Folgejahre die wichtige Grundlage für das politische Handeln ist. Die Zahlen laut Finanzplanung für die kommenden Jahre entsprechen den Erfahrungssätzen der Vergangenheit und sind in sich schlüssig und realistisch. So wird in 2013 eine ausgeglichene Bilanz erwartet. Dies darf aber nicht dazu führen, dass die Sparanstrengungen aufgegeben werden. Festzuhalten bleibt, dass Schatzmeister und Bezirksvorstand in Verbindung mit der hauptamtlichen Mitarbeiterschaft im Prüfungszeitraum eine gute Arbeit getan haben und stets darauf bedacht waren, die politische Arbeit auf eine solide finanzielle Basis zu stellen. Aus diesem Grunde werden wir auch die Entlastung des Schatzmeisters und des gesamten Bezirksvorstandes beantragen.

Hannover, den 3. Mai 2013

Klaus-Dieter Feindt, Heidi Friedrichs und Rolf Hojnatzki

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)



Der amtierende AfA-Bezirksvorstand wurde im März 2012 in Bad Münder gewählt. Vorsitzender ist unverändert Markus Brinkmann (MdL), seine Stellvertreter sind Ines Buddensiek und Michael Biank. Weiter gehören dem Bezirksvorstand an: Christina Domm. Gabriele Willers. Hans Uwe Behrens. Burkhard Bisanz, Sven Gehrdau, Thomas Konior, Lutz Oltrogge, Karl-Friedrich Probst, Martin Sieber, Jan-Hendryk Willers, Matthias Witte, Dieter Wolf, Christian Wolters und Michael Schiefer. Als Gast war der Genosse Jost Alexander Bartholomäus von der IG Metall Vertrauenskörperleitung Volkswagen Nutzfahrzeuge Hannover oftmals anwesend. Die Bezirksvorstandsmitglieder decken ein weites Spektrum an Fachkompetenz ab.

Der AfA-Bezirksvorstand tagte in der Regel monatlich. Dabei setzten wir uns mit den Themen Leiharbeit, Niedriglohnsektor, Arbeitnehmerdatenschutz, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und mit der solidarischen Alterssicherung auseinander. In unseren Veranstaltungen befassten wir uns mit dem Dialogpapier "Gute Arbeit für Niedersachsen" und mit dem Themenkomplex "Energieversorgung heute – Bezahlbare Energie morgen".

Wir haben am ordentlichen AfA-Bundeskongress vom 20. bis 22. April 2012 in BonnBad Godesberg mit elf Delegierten aus dem AfA-Bezirk Hannover teilgenommen. Es wurden über 150 Anträge behandelt, die sich mit Themen Arbeit, Sozialpolitik, Wirtschafts- und Steuerpolitik, Europapolitik und mit Fragen der Organisation befassten. Es wurde teilweise leidenschaftlich diskutiert, am Ende stand immer das Ziel, erfolgreich für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu wirken.

Bei den Wahlen zum AfA-Bundesvorstand wurde Klaus Barthel MdB neue Bundesvorsitzender.

Es erfolgte eine Beteiligung an den Veranstaltungen zur Strukturierung der Arbeitsgemeinschaften/Arbeitskreise im SPD-Bezirk Hannover, um eine bessere Vernetzung und Zielgruppenorientierung zu erreichen. Eine Mitarbeit in der Antragskommission für den Landesparteitag am 10.11.2012 ist ebenfalls erfolgt.

Vor der Landtagswahl veranstalteten wir am 16. November 2012 eine gut besuchte Arbeitnehmerkonferenz für Betriebsund Personalräte sowie Gewerkschafter, im Foyer der IG BCE in Hannover mit dem Spitzenkandidatn Stephan Weil und allen Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften in Niedersachsen sowie dem Vorsitzenden des DGB im Bezirk Hannover unter der Moderation von Anne-Kathrin Berger.

Im Rahmen des Landtagswahlkampfs fanden in Hannover, Stadthagen, Nienburg, Hameln und Bad Salzdetfurth mehrere gut besuchte Betriebsräte- und Gewerkschafterkonferenzen statt. Zum Thema "Für Arbeit und Solidarität – Nein zur sozialen Spaltung Europas" sprach und diskutierte u.a. Klaus Barthel, der AfA-Bundesvorsitzende und MdB

42

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)

Leider ist der langjährige Ehrenbeisitzer Heinz Schmidt aus Lindhorst (Landkreis Schaumburg) am 1. Oktober 2012 verstorben. Wir bedanken uns an dieser Stelle nochmals für die vielen geleisteten Dienste zum Wohle der Arbeitnehmerschaft.

Wir haben daran mitgewirkt, dass sich die SPD in Niedersachsen in der Wirtschaftsund Arbeitsmarktpolitik inhaltlich neu aufstellen konnte. Unser Ziel ist es, dass die
soziale Schieflage, die durch die schwarzgelbe Landesregierung forciert wurde, im
Interesse der Beschäftigten und sozial Benachteiligten korrigiert wird. Dadurch wird
sich das Verhältnis von Arbeitnehmern, Gewerkschaften und SPD wieder verbessern.
Das tut uns und den Gewerkschaften gut.
Die AfA befindet sich somit auf einem gu-

ten Weg, wieder zum "Anwalt des kleinen Mannes" aufzusteigen. Der Erfolg dieses Kurses steht und fällt jedoch mit dem konkreten politischen Vorhaben und Handeln. Deswegen geht es aus Sicht der AfA jetzt darum, die Schwerpunkte der zukünftigen Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik mitzubestimmen und mit zu gestalten.

Wir stehen in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik vor zwei zentralen Herausforderungen: Sie muss erstens eine politische Antwort auf die zunehmende ökonomische Ungleichheit und Unsicherheit geben und zweitens die Vorherrschaft der Finanzmärkte brechen, indem wir die Beschäftigten vor den Folgen der Eurokrise schützen, und die Krise mit Zukunftsinvestitionen bekämpfen.

Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung legt diesmal keinen Bericht vor, da der Arbeitsschwerpunkt im Berichtszeitraum auf der Landesebene lag. Ansprechpartnerin für Interessierte ist Elke Tonne-Jork, erreichbar über: ag-ak.hannover@spd.de

Arbeitsgemeinschaft für Selbstständige in der SPD (AGS)

Mitgliederbindung und Mitgliederwerbung durch Einbindung in persönlich relevante politische Entscheidungen war unsere Vorgabe für das Jahr 2012.

Als Kernthema begleitete uns die Diskussion über die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung durch die Einführung einer Bürgerversicherung in der Variante der SPD. Schwerpunkt der Auseinandersetzung mit diesem Thema waren Fragestellungen, die sich für Selbstständige und Inhaber kleiner und mittelgroßer Unternehmen durch prinzipiell wünschenswerte und, hinsichtlich der Einbeziehung aller zu versichernden, überfällige Reform ergeben. Die Vorarbeit ergab einige aus der Sicht der AGS-Mitglieder kritisch zu beurteilende Gesichtspunkte.

Arbeitsgemeinschaft Selbstständige in der SPD

Eine gut besuchte öffentliche Veranstaltung am 5. Oktober 2012 im Leineschloss Restaurant in Hannover rundete die Beschäftigung mit dem Thema ab. Anwesend waren auch Vertreter der Gesetzlichen Krankenkasse und der Schiedsstelle der Gesetzlichen Krankenkassen. Wir durften uns über eine hervorragende Begleitung der Veranstaltung durch den SPD-Bezirk Hannover freuen. Die Kooperation mit dem Willy-Brandt-Haus gestaltete sich hingegen wenig konstruktiv.

Weitere Themen in 2012 zur Vorbereitung der Arbeit in 2013 waren die Themen Inno-

vationsschutz für Selbstständige und Ingenieure und der Zugang zu Normen, die von Vorschriften setzenden Behörden eingefordert werden. Zudem diskutierten wir den Fachkräftemangel und die Ausbildung und Weiterbildung von Nachwuchs.

Organisatorisch verstärkte die Gründung einer AGS-Gliederung im Unterbezirk Hameln die Arbeit des Bezirks. In weiteren Unterbezirken bereitet die AGS die (Wieder-)Gründung von AGS vor.

Stephan Schlote

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

Gewählter Vorstand (2010 bis 2012):

Vorsitzende: Haut, Regina

Stellvertretende Vorsitzende Friedemann, Waltraud von Pogrell, Annette

Beisitzerinnen:

Adam, Nadine Albrecht-Engel, Ines Baris, Suna Behbehani, Helmi Bohr, Inga

Franke, Brigitta Freese. Christel

Gaedecke, Andrea

Gintner, Grazyna

Groskurt, Ursula

Hufschmidt-Bergmann, Katja

Martens, Kirsten
Moldenhauer, Luzia
Riedel-Elsner, Andrea

Schlegel, Astrid Tonne-Jork, Elke

Aktivitäten

- ASF Bundesvorstand; Regina haut
- ASF Bundeskonferenzen 2010 in Bad Godesberg und 2012 in Berlin
- Bezirksvorstand (Waltraud Friedemann, Astrid Schlegel, Regina Haut)
- ASF Landesvorstandssitzungen (Annette von Pogrell, Brigitta Franke, Waltraud Friedemann, Regina Haut)
- Delegiertenkonferenz ASF Region Hannover
- Öffentliche Veranstaltungen
- · Vorstandssitzungen

Themen

- Gleichstellung innerhalb und außerhalb der SPD
- Diskussionen und Positionierung zur Landesliste zur Landtagswahl 2013
- Präimplantationsdiagnostik (s.u.)

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

- Frau und Arbeit (s.u.)
- Durchführung zum equal pay day und zum 8. März.

Öffentliche Veranstaltungen

Im Februar 2011 hat die ASF zu einer öffentlichen Podiumsdiskussion zum Thema Präimplantationsdiagnostik eingeladen: "Ohne Fraktionszwang bei der Entscheidung für oder gegen PID", 15. Februar 2011, Hannover, an der fünf Bundestagsabgeordnete unserer Region (Caren Marks, Dr. Carola Reimann, Kerstin Tack, Kirsten Lühmann, Dr. Matthias Miersch) ihre persönlichen Positionen zu diesem Thema vorgetragen haben. Wir haben mit der thematischen und methodischen Ausrichtung ein breites Publikum angesprochen, das sich sehr zufrieden und anerkennend zu dieser Veranstaltung geäußert hat. Dieses ist gelungen dank der sehr intensiven Vorbereitung, einer sorgfältigen Prüfung der Adressdaten und der guten Unterstützung durch die hauptamtlichen Mitarbeiter des Bezirks Hannover.

Das Thema "Frau und Arbeit" im gewerblichen und industriellen Sektor haben wir u.a. auch damit bearbeitet, in dem der Vorstand einen Besuch am 11. Mai 2011 bei VW in Stöcken organisiert hat. Hier haben wir im Anschluss an eine Betriebsbesichtigung ein Gespräch mit der stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden, Frau Bertina Murkovidc, geführt. Weitere Treffen sind geplant.

Ebenso hat sich die AsF des Bezirks beim Besuch bei VW Wolfsburg engagiert, der vom Landesausschuss der AsF organsiert wurde. Auch in Wolfsburg haben wir ein Gespräch mit den weiblichen Mitgliedern des Betriebsrates geführt.

Zeitraum: ab November 2012

Am 16. November 2012 wurde auf der Bezirkskonferenz der ASF ein neuer Vorstand gewählt.

Vorsitzende Moldenhauer, Luzia

Stellvertreterinnen Friedemann, Waltraud Friedrichs-Seidel, Miriam

Beisitzerinnen
Beuter, Isabel
Brase, Sabine
Fischer, Natalie
Franke, Brigitta
Gamoori, Afra
Hansmann, Silke
Haut, Regina
Hufschmidt-Bergmann, Katja
Kexel, Martina
Möhrmann, Ingrid
Neumann, Christina
Salzburger, Ursula
Wycisk, Marlene

Als Gastrednerinnen referierten auf der Konferenz Cornelia Rundt und Doris Schröder-Köpf über ihre Arbeitsfelder, Heidi Merk sprach zum Thema "Frauen und die SPD".

In einem World-Café arbeiteten die Delegierten u. a. zu den Themen Gute Arbeit, Familienfreundlichkeit, Gender und Finanzen sowie Qualifizierung / Arbeit / Rente.

In den anschließenden Sitzungen 2013 beschäftigte sich der Vorstand mit der Aufarbeitung der (o.g.) bearbeiteten Themen und setzte sich mit Hilfe von Stephan Klecha und Erika Huxhold mit der Analyse der Landtagswahl auseinander.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

Außerdem nahmen einige Vorstandsmitglieder an den Treffen der Arbeitsgemeinschaften teil. Die AsF beschäftigt sich seitdem mit der Arbeit am Projekt "Leben lernen – Soziale Lernprojekte verbreiten".

Zukünftige Schwerpunkte 2013/14:

- Bundestagswahl 2013
- Projektarbeit

- Vernetzung mit Parteiebenen und anderen Organisationen
- Unterstützung junger Frauen in der (partei-) politischen Arbeit

Luzia Moldenhauer

Arbeitsgemeinschaft der SozialdemokratInnen im Gesundheitswesen (AsG)

Die AsG – Arbeitsgemeinschaft der SozialdemokratInnen im Gesundheitswesen –

- Ist die älteste AG innerhalb der SPD. Im Jahre 1913 schlossen sich bereits sozialdemokratische Ärzte und Apotheker zusammen, weil von Ihnen ein Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen (sozialen) Bedingungen und der Verhinderung von Krankheiten erkannt wurde und sie somit zur Gesunderhaltung des Menschen beitragen wollten.
- Ist die Arbeitsgemeinschaft aller im Gesundheitswesen und teilweise im Sozialwesen T\u00e4tigen in der SPD.
- Ist das Forum für sozialdemokratische Gesundheitspolitik u. a. in Verbindung mit Sozialpolitik.
- Gibt mit dem vorhandenen Fachwissen Impulse für gesundheitspolitische und sozialpolitische Entscheidungen.
- Steht allen Interessierten an der Gesundheits- und Sozialpolitik offen, mit und ohne Parteibuch.
- Orientiert sich an einer bürgernahen und solidarischen Gesundheits- und Sozialpolitik.

Arbeitsschwerpunkte in den letzten Jahren waren u. a.:

Haftungsrecht / Arzthaftung in der Medizin

- Bei diversen Treffen der AG und in Anträgen haben wir uns mit den nicht ausreichenden Haftungsfragen in der Medizin auseinander gesetzt und sind hier zu der Überzeugung gekommen, dass der Patientenschutz nicht ausreichend geregelt ist
- Es wurde die Forderung aufgestellt, dass auf die Gründung eines Entschädigungsfonds für Haftungsfälle in der Medizin verzichtet wird und stattdessen dieses besondere Haftungsrecht in das Sozialgesetzbuch VII – gesetzliche Unfallversicherung – aufzunehmen. Eine Forderung die in der Zukunft noch reichlich Diskussionsbedarf hat.

Vereinheitlichung der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche

In der Verwaltungspraxis hat die Zuordnung der leistungsberechtigten Personen zu den Personenkreisen, ob Sie Leistungen nach dem SGB VIII (§ 35 a SGB VIII) oder SGB XII (§§ 53 ff SGB XII) erhalten, zu erheblichen rechtlichen Auseinanderset-

Arbeitsgemeinschaft der SozialdemokratInnen im Gesundheitswesen (AsG)

zungen und Problemen geführt. Oft werden diese Personen zwischen den einzelnen Leistungsträgern verschoben.
Hier sind wir zu der Überzeugung gekommen, dass diese Fälle im Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) geregelt werden sollten.
Dieses wurde so auch von der ASB Bundeskonferenz gesehen, insbesondere im Bezug auf die Inklusion.

Vereinheitlichung bzw. Zusammenführung der Gutachterdienste in der Pflege bei Leistungen nach dem SGB XI und ergänzenden Leistungen nach dem SGB XII

 Bisher hatte jeder Leistungserbringer seinen eigenen Gutachterdienst. Dieses führte in der Praxis zu unterschiedlichen Bewertungen / Ergebnissen und die Pflegebedürftigen waren bis zur Vereinheitlichung der Ergebnisse oft unterversorgt. Es ist erforderlich, dass ein einheitliches Verfahren durch den MdK nach bundeseinheitlichen Richtlinien, sowohl für den Personenkreis der Leistungsempfänger nach dem SGB XI als auch nach dem SGB XII, erfolgt. Dieses wurde auch so von der AsG Bundeskonferenz gesehen.

Einführung eines Registers für Medizinprodukte, welches Kostenträgern und Patienten zur Verfügung steht

- Hier wurde nach reichhaltiger Diskussion in der AsG auf Bezirksebene, wie auf Bundesebene die Einführung eines Zentralregisters für alle aktiven und zur Implantierung vorgesehenen Medizinprodukte gefordert, mit einer gesetzlichen Eintragungspflicht. Dieses Zentralregister sollte sowohl den Kostenträgern, wie auch den Patienten zur Verfügung stehen.
- Weiter hat sich die AsG im Bezirk Hannover mit Burn-out als Berufskrankheit i. S. d. SGB VII, der Pflegepolitik, der Träger-

schaft von Pflegestützpunkten, der Vereinheitlichung der Pflegeausbildung und der Veränderung von Suchtkrankheiten beschäftigt.

Parteireform

 Einen besonderen Stellenwert nahm die Parteireform in der Arbeit der AsG ein. Hier haben die Mitglieder der AsG im Bezirk Hannover zu den Veränderungen einen entscheidenden Beitrag geleistet und somit auch zur Versachlichung der Diskussion beigetragen.

Verbindungen / Kontakte

 Die AsG ist weithin als Kontaktbörse zwischen denen am Sozial- und Gesundheitswesen aktiv und passiv Beteiligten und der Politik, sowie den Leistungserbringern tätig und Entwickelt diesen Bereich weiter.

Die AsG im Bezirk Hannover hat in den Jahren 2010 und 2013 erfolgreich an den Bundeskonferenzen teilgenommen und nicht mit konstruktiver Kritik gespart. Weiter wurde aktiv im Bundesausschuss und in den Fachtagungen innerhalb der AsG bzw. bei befreundeten Organisationen mitgearbeitet.

Der Vorstand der AsG besteht aus einer Sprechergruppe.

Die AsG wird auch in der Zukunft den Dialog mit den am Sozial- und Gesundheitswesen Beteiligten führen und sich somit aktiv an den Veränderungsprozessen u. a. im Sozial- und Gesundheitswesen und der Pflegeversicherung beteiligen.

Eines der Ziele sozialdemokratischer Gesundheitspolitik ist die Einführung einer

Arbeitsgemeinschaft der SozialdemokratInnen im Gesundheitswesen (AsG)

Bürgerversicherung, sowohl im Bereich der Krankenversicherung, wie auch im Bereich der Pflegeversicherung. Langfristig ist über die Zusammenführung von Kranken- und Pflegeversicherung nachzudenken.

Für die AsG: Wilhelm Drabke

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (AsJ)

Inhaltlich beschäftigt sich die AsJ im Bezirk Hannover schwerpunktmäßig mit u.a. der Juristenausbildung, dem Strafvollzugsgesetz, der Innen- und Sicherheitspolitik, Fragen der Justizreform, dem Datenschutz, der Belastung der Justiz und der Regionalisierung kommunaler Gebietskörperschaften.

Das jährlich stattfindende rechts- und innenpolitische Seminar in Springe wurde 2011 und 2012 zusammen mit der politischen Bildungsgemeinschaft Niedersachsen organisiert.

2011 stand das Seminar unter dem Motto "Bürgerbeteiligung und Demokratie - Legitimität staatlichen Handelns stärken" Referenten waren:

- Hauke Jagau Macher contra Verhinderer? Kommunale Steuerungsmöglichkeiten versus Bürgerwut
- Bernd Lange Bürgernähe in Europa
- Robert Nicholls Perspektiven fortschrittlicher Innen- und Rechtspolitik
- Harald Härke / Andreas Markurth Ehrenamtliches Engagement und Politik

 Stärkung von Bezirks- und Ortsräten –
 Wunschdenken oder Realität
- Stefan Schostok / Anke Pörksen Direkte Demokratie wagen
- · Dietmar Schilff / Michael Ebeling / Grant

- Hendrik Tonne Staatliches Misstrauen oder notwendige Transparenz – wie weiter mit der Vorratsdatenspeicherung
- Sebastian Wertmüller / Jürgen Dietze Erste Erfahrungen mit dem neuen Versammlungsrecht

2012 widmete sich das Seminar aktuellen Themen wie

- Neue Verwaltungsstrukturen für Niedersachsen (Prof. Dr. Axel Priebs)
- Justizpolitik 2013-wohin geht die Reise (Andreas Kreutzer Nds. Richterbund/ Grant Hendrik Tonne MdL)
- Humane Handhabung des Ausländerrechts (Herbert Schmalstieg Nds. Härtefallkommission / Dr. Silke Lesemann MdL)
- Wehrhafte Demokratie Verfassungsschutz und NPD-Verbot (Sebastian Edathy MdB)
- Schuldenbremse 2020-Finanzielle Spielräume des Landes und kommunale Finanzaustattung (Renate Geuter MdL)

Auch in 2013 wird vom 21. bis 23. Juni 2013 das Springer Seminar stattfinden.

Weiterhin beschäftigten wir uns mit europapolitischen Fragestellungen, hierzu erfolgte im Juli 2012 gemeinsam mit Bernd Lange MdEP ein Besuch im Europäischen

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (AsJ)

Parlament, bei der EU-Kommission und dem Europarat in Brüssel.

Zur Vorbereitung der Landtagswahl erfolgte eine Mitarbeit am Forum der Landespartei. Am 10. September 12 fand eine gemeinsame Veranstaltung mit SGK und SPD-Regionsfraktion zum Diskussionspapier Inneres-Kommunalpolitik der Landespartei statt. Zum Parteitag in Wolfsburg hat die AsJ 13 Änderungsanträge zum Wahlprogramm eingebracht, die überwiegend in das Regierungsprogramm und später auch in die Koalitionsvereinbarung eingeflossen sind.

Weiterhin hat die AsJ im Bezirk Hannover zusammen u.a. mit der SPD Laatzen am 3. Dezember 2012 eine Veranstaltung mit dem Kompetenzteam-Mitglied für den Justizbereich Anke Pörksen zum Thema Transparenzgesetz in Laatzen durchgeführt. Zusammen mit der Juso-HSG wurde eine Veranstaltung am 14. Dezember 2012 an der Uni Hannover "Soziale Netzwerke und Datenschutz ebenfalls mit Anke Pörksen und dem Datenschutzbeauftragten des Landes Niedersachsen Wahlbrink organisiert.

AsJ -Bundesvorstand

Mitglied im Bundesvorstand war bis 2012 Arne Schneider. Seit September 2012 wird der AsJ-Bezirk im ASJ-BV von Grant Hendrik Tonne MdL vertreten.

AsJ-Landesvorstand

Die AsJ-Landesvorstand koordiniert die AsJ-Arbeit in Niedersachsen. Robert Nicholls ist Landesvorsitzender und beratendes Mitglied im SPD-Landesvorstand. Der 19-köpfige Landesvorstand unterstützt die PBN bei der Organisation des jährlich stattfindende rechts- und innenpolitische Seminars in

Springe und arbeitet eng mit dem AK-Recht der SPD-Landtagsfraktion zusammen.

AsJ Bezirksvorstand

Vorsitzender Robert Nicholls, Robert

Stellvertreterin / Stellvertreter Friedrichs-Seidel, Miriam Mönkemeyer, Karl-Heinz

Beisitzerinnen und Beisitzer Arconada, Dario Böhrs, Sebastian Dietze, Jürgen Mahler, Dana Merten, Jürgen Wüstrich, Wolfgang

Vertreter im AsJ-Bundesausschuss sind Robert Nicholls und Miriam Friedrichs-Seidel, Stellvertreter sind Karl-Heinz Mönkemeyer und Wolfgang Wüstrich.

Der Internetauftritt der AsJ Niedersachsen ist unter:

www.asj.spd-bezirk-hannover.de

zu finden, betreut wird dieser von Miriam Friedrichs-Seidel und Dario Arconada.

Robert Nicholls

AvS / Arbeitskreis Rechtsextremismus

Die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft verfolger Sozialdemokraten (AvS) / AK Rechtsextremismus konzentrierte sich 2012 auf die Mitwirkung im thematisch ähnlich ausgerichteten Forum gegen Rechtsextremismus, dessen Kern die AVS bildete. Dementsprechend wirkte die AVS themenspezifisch an der Ausformulierung des Wahlprogramms mit.

Auf Initiative der AvS führte das Forum gegen Rechtsextremismus am 12. April 2012 im Niedersächsischen Landtag die Veranstaltung "Bekämpfung des Rechtsextremismus: Ursachen erkennen – Opfer schützen" mit Stephan Weil als Hauptredner durch. Darüber hinaus unterstützte die AvS die Fraktion durch fachliche Beratung bei der parlamentarischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus.

In der zweiten Jahreshälfte hat die AvS mit den Vorbereitungsarbeiten für ein Buchprojekt begonnen. Die verschiedenen, von der AvS in den letzten Jahren mit namhaften Referenten durchgeführten oder initiierten Veranstaltungen sollen in einem Dokumentationsband zusammengestellt werden. Die meisten Referenten haben ihre Zustimmung für eine Veröffentlichung signalisiert und ihre zum Teil aktualisierten Manuskripte mittlerweile übersandt. Die Zusammenstellung mit kommentierenden Übergängen wird in den nächsten Monaten erfolgen. Nach Fertigstellung ist an eine öffentlichkeitswirksame Vorstellung des Buches gedacht.

Maren Brandenburger Wolfgang Freter

Jusos

Die Jusos im Bezirk Hannover wählen jährlich einen Vorstand. Bezirksvorsitzender der Jusos war über den gesamten Zeitraum Daniel Brunkhorst. Lisa van der Zanden (Nienburg) war ebenfalls über den gesamten Zeitraum Stellvertreterin, Leonard Kuntscher (Hildesheim) und Hannes Keune (Göttingen) waren über die gesamte Zeit Stellvertreter. 2011 bis 2012 waren Lars Drebold (Lüneburg), Cornelia Seiberl (Göttingen) und Franz Hartmann (Göttingen) weitere StellvertreterInnen. Seit 2012 sind Johanna Klingbeil (Uelzen/Göttingen) und Inga Stephan (Celle) als Stellvertreterinnen mit dabei. Zudem sind weitere Mitglieder (Hochschulgruppen und SchülerInnen, Landesvorstand, etc.) im Vorstand kooptiert gewesen. Der Juso Bezirksvorstand wurde

am 27. April 2013 neu gewählt, was jedoch nach Antragsschluss zu den Rechenschaftsberichten lag.

Grundsätzliche Arbeitsweise

Der Juso Bezirk arbeitet verbandsöffentlich. So werden alle Sitzungen und Treffen über den Emailverteiler eingeladen. Das betrifft auch die Vorbereitungen für Konferenzen und Parteitage. Dabei können die Unterbezirke jederzeit in die Entscheidungsfindung eingreifen. Der Bezirksbeirat der Jusos überwacht zudem den Bezirksvorstand.

Reform der Juso-Landesebene

Auf Juso-Landesebene haben wir den historischen Schritt der Abschaffung der Bezirksdelegationen und die damit verbundende

Jusos

Machtübertragung auf die Unterbezirke gegen den Widerstand anderer Bezirke durchgesetzt. Die dadurch entstandenen Spannungen haben wir durch eine solidarische Politik fast vollständig wieder abgebaut. Der Bezirksvorstand hat den Landesvorstand vielfältig unterstützt. Auf der Landeskonferenz haben wir einen zentralen Anlaufpunkt für die Unterbezirke angeboten.

Seminarangebote

Der Juso Bezirk bietet regelmäßig Seminare an. Dazu gehören insbesondere die dreitägigen "Herbstplenen" in Springe und die jährlichen Feminismusseminare im Frühling. Darüber hinaus haben wir Seminare zu den Themen Krieg und Frieden, "Terrorbekämpfung, Europa und die Krise, Kapitalismusanalyse, Kampf gegen Rechts und die politische Situation in Afrika abgehalten. Auch ein Sommerplenum haben wir ausprobiert. Weiterhin gab es eine Vielzahl von Tagesveranstaltungen. Gemeinsam mit der Politischen Bildungsgemeinschaft Niedersachsen, konnten wir eine Rhetorik-Seminarreihe anbieten.

Bezirksparteitag und Landesparteitage

Der Juso-Bezirksvorstand hat großen Wert auf die Vorbereitungen des Bezirks- und Landesparteitages gelegt. Insbesondere die Vorbereitung des Programmparteitags des Landesverbandes hat dabei aus Juso-Sicht viel gebracht. So sind alle Änderungen zum Bereich Asyl durch den SPD-Bezirk und den Parteitag übernommen worden.

SPD-Spitzenkandidatur

Auch in die Frage der SPD-Spitzenkandidatur hat sich der Juso-Bezirk eingemischt. Auch untermauert durch rege Reisetätigkeiten, konnten wir Stephan Weil intern durchsetzen helfen.

ECOSY und IUSY-Festival und Vorbereitung des Workers Youth Festival

Der Juso-Bezirk hat Delegationen zu zwei internationalen Festen entsandt und diese vor- wie nachbereitet. Besonderer Augenmerk lag auf dem Knüpfen internationaler Kontakte zur Steigerung des Verständnisses der Politik andere Länder und Regionen. Es wird eine große Delegation aus dem Bezirk zum Workers Youth Festival im Mai 2013 fahren.

Keniaaustausch

2012 hat eine elfköpfige Delegation an einer Delegationsreise nach Kenia teilgenommen. Gefördert durch das BmfS, unterstützt durch viele Spenderinnen und Spendern und durch den SPD-Bezirk, konnten wir zwei Wochen Kenia bereisen. Dabei gab es ein Vielzahl von Kontakten, die heute noch weiteren Austausch ermöglichen – zum Teil täglich über das Internet.

Zentrale Themen waren die Organisation der kenianischen Demokratie, die Lebenswirklichkeit von Menschen in Kenia und die Lage von Mädchen und Frauen. Der Juso-Bezirk plant einen Gegenbesuch im Herbst und will dort insbesondere die Fragen von demokratischer Selbstverwaltung und Mitbestimmung und die Organisation von Landwirtschaft in den Mittelpunkt stellen.

Demonstrationen

Der Juso Bezirk hat zu einer Reihe von Demonstrationen aufgerufen und vor Ort die Jusos organisiert. Dazu gehören diverse Gegendemonstrationen zu Nazi-Veranstaltungen, aber auch die Unterstützung der großen Anti-Atom-Demos.

Juso-Bundesebene und Landesebene

Als Aktive in den Arbeitskreisen der oberen Ebenen haben sich die Jusos im Bezirk Hannover dort eingebracht. Zu allen Konferen-

Jusos

zen auf diesen Ebenen war der Juso-Bezirk vertreten. Zudem übernimmt der Juso-Bezirk aktiv eine Rolle in der Koordinierung der linken Juso-Landesverbände.

Diskussionen: Parteireform und Schuldenbremse, Rente und Steuern, Landesparteikonvent

Die Jusos diskutieren ständig aktuelle oder grundsätzliche Themen im Bezirksvorstand. Exemplarisch sind hier nur einige herausgegriffen: Für die Diskussion zur Parteireform haben wir eine Reihe von Veranstaltungen organisiert. Das dabei erstellte Thesenpapier ist ausgiebig diskutiert worden und in Beschlusslagen des SPD-Bezirks und der Juso-Bundesverbandes eingegangen. Der Juso Bezirk hat sich mehrfach in die Debatte zur Schuldenbremse eingebracht, einen entsprechenden Musterantrag geschrieben

und sich insb. mit dem Vertretern der Partei darüber auseinandergesetzt. Zudem gab es eine Reihe von Gesprächen mit BündnisparterInnen. Auch diesem Widerstand ist es zu verdanken, dass die Schuldenbremse wohl (hoffentlich) nicht in die Landesverfassung kommt. Durch die ständige Vertretung einiger Jusos im Parteikonvent konnten wir die dort geführten Debatten zu Rente und Steuerkonzept eng begleiten und mit Anträgen untermauern.

Immer aktuell – die Jusos im Netz

Ausführliche Berichte und weitere Infos findet ihr unter

www.juso-bezirk-hannover.de

Dort sind auch unsere Auftritte auf Twitter und Facebook zu finden.

SPD-Arbeitsgemeinschaft 6oplus (Senioren)

Im Berichtszeitraum haben die aktiven Gruppen der Arbeitsgemeinschaft in den Unterbezirken mit ihren Ortsvereinen die dortigen Aktivitäten mit eigenen Aktionen unterstützt, insbesondere bei der Einbindung der Älteren innerhalb und außerhalb der Partei durch nachmittägliche Treffen, durch Busfahrten und durch die politische Arbeit an den Nachmittagen und während der Wahlkämpfe beim Plakate kleben und an den Infoständen.

Die intensive Diskussion mit befreundeten Organisationen, aber auch mit Menschen ohne Parteienbindung führte zur Modifizierung von Parteitagsbeschlüssen aber auch zur Einbringung eigenständiger Standpunkte.

Basisarbeit und was wir heute als Foren bezeichnen machen wir schon lange, gerade weil wir offen sind für die Mitarbeit einer jeden Bürgerin, eines jeden Bürgers. Bei uns kann jede Frau, jeder Mann mitarbeiten, mitentscheiden und mitdiskutieren. Dazu muss er/sie nicht Mitglied der SPD sein. Unsere Aufgabe ist es, die Interessen der Älteren innerhalb und außerhalb der SPD zu vertreten.

Wir wollen das politische und gesellschaftliche Engagement der Älteren fördern und sie auch für die Übernahme von ehrenamtlichen Aufgaben gewinnen.

Wir setzen uns ein für die verbindliche Gründung von Seniorenbeiräten auf kom-

SPD-Arbeitsgemeinschaft 6oplus (Senioren)

munaler Ebene, auch wenn dies nicht von allen Ratsmitgliedern in den Kommunen gerne gesehen wird.

Einzelne Unterbezirke arbeiten intensiv zusammen, machen gemeinsame Aktionen, z.B. zum Tag der älteren Generation, aber auch bei Wahlkämpfen und der Unterstützung der örtlichen Kandidaten.

Mitglieder des Bezirks Hannover sind im Landes- und im Bundesausschuss der AG- 6oplus vertreten und bringen dort ihre Stellungnahmen ein.

Am 6. Oktober 2012 fand die turnusmäßige Bezirksdelegiertenkonferenz der AG6oplus in Hessisch-Oldendorf statt. Neugewählt wurde auch der Vorstand und die Delegierten zur Bundesdelegiertenkonferenz.

Klaus Kaiser

Arbeitsgemeinschaft Schwusos

Unsere Arbeitsgemeinschaft hat sich am 12. Juli 2012 auf Bezirksebene gegründet. Auf Grund dessen bestand zunächst unsere Hauptarbeit in der eigenen Organisation bezüglich unserer zukünftigen Arbeit. Wir verstehen uns auch als Ansprechpartner für Genossinnen und Genossen aus Unterbezirken ohne aktive AG-Struktur vor Ort und bieten Möglichkeiten der Mitarbeit auf Bezirksebene. Dieses Angebot haben diverse Genossinnen und Genossen aus unterschiedlichen Unterbezirken auch genutzt.

Darüber hinaus haben wir uns im August und September 2012 in die Wahlprogrammdiskussion und -erstellung für die Landtagswahl mit Forderungen und Vorschlägen unserer AG eingebracht. Im Oktober 2012 beteiligten wir uns aktiv am Arbeitsprozess der Bundeskonferenz der AG Schwusos und konnten unseren Kandidaten für den Bundesvorstand, Michael Schröder, erfolgreich durchsetzen. Dieser wird nun auf Bundesebene für den Bereich Bildung/Schule arbeiten und unsere Themen dort vertreten und neue Positionen entwickeln. Weiterhin sind wir seit Dezember 2012 in die Planung der bundesweiten CSD-Trucktour einge-

bunden, bei der wir uns mit einigen Ideen eingebracht haben (bzgl. Gestaltung/Aufbau der Demo-Wagen sowie Flyermaterial). Hier sind wir auch in der Planung und Umsetzung der Teilnahme der SPD beim CSD-Hannover am 18. Mai 2013 aktiv. Bei diesem wollen wir unter dem Motto "Du entscheidest - 100 Prozent nur mit uns" für die komplette Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit der Ehe demonstrieren. Hierzu wird ein Demonstrationswagen aus der CSD Bundestrucktour bereitstehen. Flankiert wir die Demonstration mit zwei Infoständen, einem am 18. und einem am 19. Mai jeweils beim Warmfrontfestival auf dem Steintorplatz.

Für das Jahr 2013 wollen wir uns darum bemühen bei Bedarf für Gründungen von AGen auf UB-Ebene behilflich zu sein und werden uns insbesondere mit dem Thema Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle im städtischem Ballungsgebiet im Kontrast zu ländlichen Räumen beschäftigen.

Torsten Tegtmeier

AG "Selbst Aktiv" – Behinderte Menschen in der SPD

Zwei ereignissreiche Jahre sind seit dem letzten Bericht vergangen – Selbst Aktiv ist jetzt als AG anerkannt und Selbst Aktiv Bezirk Hannover hat inhaltlich die interessantesten und aktivtesten Jahre verbracht, die mit der Wahlkampfveranstaltung in diesem Jahr ihren Höhepunkt hatten.

Aber der Reihe nach. Wie auch schon in den letzten Jahren traf sich Selbst Aktiv regelmäßig zu Monatsbeginn außer in den Sommerferien in der ersten oder zweiten Woche am Montag oder Dienstag im Rathaus. Manchmal war die Gruppengröße, wie bei Menschen mit Behinderung üblich, auch wetterabhängig bedingt unterschiedlich groß, aber in der Regel 15 bis 25 Personen. In dieser Zeit waren auch vermehrt Mitglieder von außerhalb Hannover gekommen – von ziemlich nördlich im Bezirk bis Bad Gandersheim und Salzhemmendorf.

Inhaltlich im Vordergrund stand natürlich die aktuelle Politik des Landesbehindertenbeauftragen Karl Finke. In diesem Zusammenhang stand auch die Umsetzung der UN-Konvention oder das Niedersächsische Behindertengleichstellungsgesetz, das dringend der Evaluierung bedarf.

SPD Bundespolitik stand auch im Schwerpunkt, da durch die Mitarbeit von Karl Finke im Bundesparteivorstand auch dort hin der Kontakt gut vorhanden ist genauso wie mit Thomas Harms zum Bezirksvorstand. Hannover haben wir auch nicht vergessen. Gerade der ÖPNV und hier die Problematik Hochbahnsteige oder Niederflurtechnik waren ein Schwerpunktthema. Aber mit Claus-Arne im UB-Vorstand, Gerwin im Verkehrsausschuss der Region und Ulrike im 5-Uhr-Club der VHS waren wir auch dort nahe dran. Die Mitglieder von Selbst Aktiv sind auch in mehreren anderen Vereinen

oder Selbsthilfegruppen aktiv. So geht unsere Politik auch über den direkten Teilnehmerkreis hinaus.

Jetzt zu den Highlights nach außen, an denen Selbst Aktiv Hannover mit mehr oder weniger Personen beteiligt war. Wie schon seit mehreren Jahren ist Selbst Aktiv auf den SPD Bundesparteitagen mit einem Infostand vertreten, der von Genossen und Genossinnen von Selbst Aktiv Bezirk Hannover unterstützt wird. Auf dem letzten kurzen Parteitag in Hannover war das nicht so, dafür hat sich Selbst Aktiv bundesweit getroffen. Mit Karl Finke als quasi Bundesvorsitzender und Gerwin Matysiak für die Gruppe Nord gibt es auch Verbindung zur Leitungsebene. Selbst Aktiv Bezirk Hannover ist auch auf diversen Parteitagen mit Anträgen beteiligt gewesen.

Der Wahlkampf begann auch für uns mit dem Nominierungsparteitag in Hannover. Dort waren auch viele unserer Aktiven anwesend und konnten mitverfolgen, wie sich Stephan Weil zur Politik für Menschen mit Behinderungen positionierte. Im letzten Jahr zu Beginn war Stephan Weil auf unserer Mitgliederversammlung anwesend, wo er seine Politik vorstellte und wir unsere Bestrebungen offenbarten.

Zu Beginn des letzten Jahres feierte das bundesweite Netzwerk Selbst Aktiv sein zehnjähriges Bestehen in den vollen Landtagsgaststätten in Hannover mit einem guten Programm aus Reden und Musik. Ehrengast war Franz Müntefering, aber eine Reihe der auch zukünftigen Landtagspolitiker und jetzt Minister, lokaler SPD-Politiker und in der Hauptsache von Selbst Aktiv Mitgliedern aus ganz Deutschland nahmen daran teil.

AG "Selbst Aktiv" - Behinderte Menschen in der SPD

Das letzte grosse Ereignis, auf Neudeutsch Event, war in diesem Jahr die Veranstaltung der Landes-SPD in Zusammenarbeit mit Selbst Aktiv im Bezirk Hannover. Auf dem Podium u.a. saßen in Gesprächsrunden die zu der Zeit noch zukünftigen Minister Cornelia Rundt und Olaf Lies. Von Seiten der Vereine oder Verhände war die AWO aus dem Bezirk Oldenburg und der Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter vertreten. Der Sahl war randvoll von niedersächsischen SPD Politikern, Selbst Aktiv Mitglieder, Mitglieder anderer Behindertenvereine und anderen interessierte Personen. Es war eine für alle gelungene Veranstaltung. Berichte über diese Veranstaltungen

sowie über Selbst Aktiv konnten auch im Vorwärts gelesen werden.

Zur Zeit laufen die Vorbereitung von Selbst Aktiv als bundesweite AG der SPD und auf anderen Ebenen zu gründen. Bisher durften Mitglieder von Selbst Aktiv auf Beschluss des Bezirks Hannover schon an Parteitagen des Bezirks stimmberechtigt teilnehmen. Demnächst steht uns das Recht als offizielle AG zu.

Arbeitskreis Tierschutz

Treffen

- Der AK- Tierschutz trifft sich regelmäßig am 2. Montag im Monat in der Odeonstraße.
- Es nehmen regelmäßig 15 bis 20 Personen an den Sitzungen teil.

Aktivitäten

- Organisation und Durchführung "Tag der Tierschützer" in der Innenstadt Hannover Als Forum und Eigendarstellung von Tierschutzorganisationen- Präsentation der Arbeit mit Themenschwerpunkten
- Exkursion zu einen Ziel mit Tierschutzspezifischen Hintergrund
 - 2012- Exkursion Bieneninstitut Celle-Hintergrundinformation zum Thema Bienensterben
- Besuche bei Veranstaltungen und Kontaktaufbau:
 - TiHo Tag der offenen Tür, Forschung zum Thema Nutztierhaltung und Institut

für Wildtierforschung (Wolf, Luchs und Wildkatzen Wiederansiedlungsprojekte)

- MHH Tag der offenen Tür (Amphibien und Spinnen in der Forschung für Wiederherstellungschirurgie)
- Regelmäßiger Besuch der Zookunft Forum zur Förderung zeitgerechter Tiergärtnerei und Zoologischer Einrichtungen

Aus der Arbeit des Arbeitskreises ergeben sich folgende Positionen für Wahlkämpfe auf Landes-, Bundes- und Europaebene:

- Artenschutz
 - Einführung eines landesweiten Wolfsmanagements,
 - Schaffen von europaweiten Wanderkorridoren zwischen den einzelnen Vorkommen (Einbeziehung von Luchs, Wildkatze, Bieber, Bär)
 - Ernennung eines Artenschutzbeauftragten auf Landesebene
 - · Forschungsprojekt zum Amphibienster-

Arbeitskreis Tierschutz

- ben Chytridpilz
- Bienensterben
 - Forschungsprojekt zum Bienensterben,
 -krankheiten (Varoamilbe, Faulbrut)
 - Ursache sind mutmaßlich Insektizide, Pestizide; bis zur Klärung sollte deren Einsatz verboten werden.
 - Beibehalten der EU-Honigrichtlinie in der bisherigen Form
- Gentechnikfreie Landwirtschaft
 - Gentechnikfreies Tierfutter
 - Gentechnikfreie Nahrungsmittel
 - · Gentechnikfreien Honig
- Massentierhaltung
 - Überarbeitung des § 35 Bau GB
 - Verfahrensschritte nach § 12 BauGB und 14 § BauGB mit § 35 BauGB abstimmen und einarbeiten
 - Handlungsleitfaden zur Genehmigung von Tierstellen mit Vorgaben der einzelnen Genehmigungsschritte (Vorgaben für Filteranlagen, Brandschutz, Fluchtwege)
 - Obergrenzen nach Art und Maß der Nutzfläche GRZ, GFZ
 - Ausgleichsmaßnahmen und Gestaltungsvorgaben zum ästhetischen Erscheinungsbild z. Schutz der Landschaft (Gestaltsatzungen)
 - Anständige Löhne in der Landwirtschaft
 - kein Akkordlohn in den Schlachthöfen
 - Verbot von Antibiotika im Tierfutter
 - Anständige Entsorgung der Gülle Keine Belastung für das Grundwasser
 - Artgerechte Nutztierhaltung Formulieren der Forschungsergebnisse der TiHo
 - Außenstelle Ruthe in Gesetzescharakter als Vorgaben im Genehmigungverfahren für Nutztierhaltung
 - Umsetzen des Urteils vom Bundesverfassungsgericht, wonach Kleingruppenhaltung von Hühnern verfassungswidrig ist
 - Verbot von Verstümmelung von Nutz-

- tieren (Ferkelkastration, Schnabelkürzen, Schenkelbrand, Enthornung, Kupieren, etc.)
- Ernennung eines Tierschutzbeauftragten auf Landesebene
- Gesunde Ernährung Verbraucherschutz in den Vordergrund stellen
 - Regionale, Saisonale Produkte fördern (z.B. Regionales Label)
 - Bessere Kennzeichnung der Lebensmittel, z.B. Was ist drin?
 - Belastende, ungesunde Produktion in der Landwirtschaft verbieten bzw. nicht mehr fördern (u.a. Verpackungen etc.)
 - Schonende, nachhaltige Landwirtschaft fördern
 - Gedanken der ökologischen Landwirtschaft fördern
 - Einführung einer Gesundheitssteuer für Fastfood, ungesunde Fertiggerichte, -produkte
- Übernahme von medizinisch-ethischen Aspekten des Tierschutzgesetzes in den Unterrichtsrahmenplan von allgemeinbildenden Schulen
- Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen
- Katzenkastration
- Abschaffung der Hundesteuer Gegenfinanzierung durch Mehrwertsteuersatz auf Tierfutter
- Abschaffung der Bleimunition bei der Jagd - Ersatz durch weniger schädlicher Munition

Klaus Wiedenbohm



Europa aktuell:

Europa steckt in Schwierigkeiten. Aber wir können die großen gesellschaftlichen Herausforderungen wie einen fairen Handel, ein stabiles Finanzsystem, gerechtere Lebensbedingungen und den Klimaschutz nicht lösen ohne ein erneuertes Europa. Zudem ist es in unserem ureigensten niedersächsischen Interesse, wenn die EU und der Euro stabil bleiben. Über 75 Prozent der niedersächsischen Exporte gehen in den EU-Binnenmarkt. Wenn in unseren Partnerländern in der FU keine Investitionen mehr möglich sind, können auch keine niedersächsischen Produkte gekauft werden. Das gefährdet unsere Arbeitsplätze. Insofern haben Jugendarbeitslosigkeitsquoten von über 50 Prozent in unseren wichtigsten Handelspartnerländern auch Folgen für uns.

Die Gefahr der Renationalisierung ist allerorten zu spüren. Die europäische Einigung darf nicht an nationalen Tendenzen, auch nicht aus Deutschland, scheitern. Gerade wir in Deutschland mit unserer geschichtlichen Verantwortung sollten jegliche Überheblichkeit vermeiden. Z.B. wäre ohne eine Entschuldung Deutschlands 1953 (Londoner Schuldenkonferenz) und ohne die Europäische Union unser Wirtschaftswachstum nicht möglich, ohne die europäische Eini-

gung unsere politische Entwicklung nicht möglich gewesen. Jetzt ist es an uns, der politischen und wirtschaftlichen Verantwortung für Europa gerecht zu werden. Solidarität muss die Maxime europäischer Politik sein und bleiben. Darum braucht die EU einen starken Gemeinschaftsgedanken und eine Erneuerung.

Wenn ich mir viele Zuschriften ansehe und mich in der deutschen Medienlandschaft umsehe, kann man den Eindruck gewinnen, dass Europa schuld ist an allem Übel! Durch den Vertrag von Lissabon im Jahr 2009 ist die EU grundlegend demokratisiert worden und das direkt gewählte Europäische Parlament ist zusammen mit dem EU-Ministerrat (den Vertretern der 27 Mitgliedsländern) Gesetzgeber. Politische Entscheidungen werden in der EU von politischen Mehrheiten bestimmt. Im EP haben wir Sozialdemokraten (S&D) 25 Prozent der Sitze. Somit wird ein Großteil der Entscheidungen von Christdemokraten und Liberalen getroffen. Im EU-Ministerrat sind Christdemokraten und Liberale zahlenmäßig auch klar im Vorteil. Deutschland, Spanien, Schweden, Polen, Vereinigtes Königreich gehören u.a. zu dieser Dominanz, wobei Deutschland als größtes Land eine besondere Rolle spielt. Somit ist es absurd, wenn Mitglieder der Bundesregierung mit dem Finger auf Brüssel zeigen und sich über die EU-Politik beschweren. Kein Gesetz kommt ohne Zustimmung aus Berlin zustande. Auch die EU-Kommission ist mehrheitlich mit Konservativen und Liberalen besetzt. Nur sechs Mitglieder der 27-köpfigen EU-Kommission sind Sozialdemokraten. Diese schwarz-gelbe Mehrheit wirkt sich natürlich auf Gesetzesvorschläge aus. So kommt es zu Klagen gegen das VW-Gesetz, zu Versuchen massive Einschränkungen im Streikrecht durchzusetzen oder Daseinvorsorge zu liberalisieren.

Wenn in Deutschland umstrittene politische Entscheidungen getroffen werden, sagt keiner "Deutschland ist Schuld", sondern "die Regierung" oder "Partei X" schlägt vor oder setzt durch. Gegenüber Europa läuft es anders, dabei ist natürlich nicht die EU an allem Übel schuld, sondern die politischen Mehrheiten, die Entscheidungen treffen. Wir sollten klarer Ross und Reiter benennen. Wenn aus Europa falsche Politik von Christdemokraten und Liberalen kommt, dann müssen wir die politischen Mehrheiten in Europa ändern, auch gerade im EU-Ministerrat. Damit wird die Bundestagswahl am 22. September auch zu einer Wahl über gute Politik in Europa. Und natürlich die Europa-Wahl am 25. Mai 2014 ebenso.

Die politischen Prioritäten müssen anders gesetzt werden. Deregulierung und Spardoktrin reichen nicht und gehören auf den Müllhaufen der Geschichte. Wir setzen uns für eine EU der Stärkung der sozialen Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein, eine EU der Innovationen und Qualifizierung, eine EU der Entwicklung der erneuerbaren Energien, eine EU mit demokratiekonformen Regeln für die Märkte insbesondere der Finanzmärkte und eine EU der aktiven Politik der globalen Verteidigung der Menschenrechte.

Bericht 2011/12:

Im Europäischen Parlament bin ich Mitglied im Ausschuss für Internationalen Handel (INTA), stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) und Mitglied der Delegation für die Beziehungen der EU zu Südafrika. Als Vorsitzender bin ich in dem Brüsseler Forums Automobil und Gesellschaft aktiv, das ich im Jahr 1999 mitgegründet habe. Zusätzlich

habe ich eine parlamentarische Arbeitsgruppe für Historische Fahrzeuge gegründet.

Anfang März 2011 wurde der "Bericht über eine Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung" vom Europäischen Parlament angenommen, für den ich der Berichterstatter war. Dieser Bericht ist relevant, da er die Weichen stellt für künftige EU-Gesetzgebungsprozesse. Damit unterstützen die Europaabgeordneten den Ansatz einer integrierten Industriepolitik, die koordiniert die Herausforderungen des Klimawandels, demographischer Veränderungen, Rohstoffknappheit und des globalen Wettbewerbs angeht. Die Industrie ist die Basis der europäischen Wirtschaft, ist Rückgrad der Wertschöpfung und Garant für Arbeitsplätze in Europa. Deswegen muss endliche eine stimmige Politik für die Stärkung und Weiterentwicklung der industriellen Basis in Europa auf den Weg gebracht werden. Dies liegt im elementaren Interesse des Industrielandes Niedersachsen und der Jobs in diesem Bereich. Dazu gehört auch, dass Wettbewerbsideologien gute industrielle Entwicklungen nicht in Frage stellen. Deswegen habe ich u.a. parlamentarische Initiativen ergriffen, um die Angriffe gegen das VW-Gesetz mit abzuwehren.

Für die sozialdemokratische Fraktion habe ich das grundlegende Positionspapier "Eine Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung" der europäischen Sozialdemokraten in dieser Frage verfasst. (Hier in deutscher Sprache: http://www.socialistgroup.org/gpes/ Politiken / EU - Industrie / Transformation der europäischen Industrie.).

Ein Seminar zur europäischen Industriepolitik und einige workshops habe ich für die S&D Faktion durchgeführt. Im Frühjahr ist

in meiner Verantwortung außerdem eine Broschüre "10 Punkte, um die Europäische Industrie fit für das 3. Jahrtausend zu machen" erschienen.

Im Januar 2012 wurde ich zum handelspolitischen Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion ernannt und koordiniere die Fraktion in allen Fragen und Aufgaben im Bereich Internationaler Handel, Investitionen und geistigem Eigentum.

Der Ende 2009 in Kraft getretene Reformvertrag der EU (auch Vertrag von Lissabon genannt), hat die Mitbestimmungsrechte des Europäischen Parlaments ausgeweitet. In handelspolitischen Verhandlungen mit der Europäischen Kommission und dem Rat verhandeln wir als dritter Partner gleichberechtigt mit und die Zustimmung oder Ablehnung von Handelsverträgen, Investitionsverträgen und Verträgen zum geistigen Eigentum liegt beim Parlament. Die Ablehnung eines nicht tragfähigen internationalen Vertrages über geistiges Eigentum im digitalen Bereich habe ich in meiner Funktion vorangetrieben und so wurde ACTA auch vom EP abgelehnt.

Die Handelspolitik der EU muss stärker unsere sozialdemokratischen Werte der Gerechtigkeit und Solidarität widerspiegeln. Daher habe ich ein Positionspapier "Fairer Handel und nachhaltiges Wachstum 2.0" für die Fraktion der europäischen Sozialdemokraten entwickelt, in dem unsere Ziele einer nachhaltigen Handelspolitik zusammengefasst sind .(Hier zu finden: http://www.socialistgroup.org/gpes/ Politiken / Verabschiedete Positionspapiere.) Einen großen Erfolg konnten wir im Dezember 2012 erreichen: Trotz fehlender fortschrittlicher Mehrheiten im Europäischen Parlament ist es aufgrund meiner Initiative

gelungen, vor der Ratifizierung des Handelsabkommens der EU mit Kolumbien und Peru mit den Regierungen der beiden Ländern einen Fahrplan zur Verbesserung von Menschen- und Arbeitnehmerrechten sowie Umweltstandards zu vereinbaren. Ebenfalls im Dezember 2012 habe ich für den Handelsausschuss die Stellungnahme "Soziale Verantwortung der Unternehmen" auf den Weg gebracht. Ziel ist es, eine nachhaltige und verantwortungsvolle Führung von Unternehmen auf den Weg zu bringen. Gerade Europäische Unternehmen müssen vorbildlich in der Einhaltung fundamentaler Standards der Arbeitnehmerrechte, der Arbeitssicherheit und der Umwelt sein. Es kann nicht sein, dass wir von schlechten Lebensbedingungen anderer profitieren. Die Einhaltung und Durchsetzung von grundlegenden Arbeitsnormen und Umweltstandards sind für die Schaffung gleicher Rahmenbedingungen im internationalen Handel zentral, da sie zur Bekämpfung unfairer Wettbewerbsvorteile aufgrund unzureichender Arbeitsnormen beitragen. Gerade niedersächsische Unternehmen wie z.B. Volkswagen können Vorbild sein in der Beachtung der sozialen Verantwortung und der Beteiligung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Des Weiteren bin ich in der SPD-Gruppe zuständig für den Bereich "Erneuerbare Energien" und "Energieeffizienz". Diese Themenbereiche werden auch für den Rest der Legislaturperiode eine große Rolle spielen. Der Ausbau erneuerbarer Energien ist wichtig für die Schaffung zukunftsträchtiger Arbeitsplätze in Niedersachsen. Energieeffiziente Produktion wird in Zukunft ein wichtiger Wettbewerbsvorteil sein. Hier gilt es, die Weichen besonders im Bereich der Forschung und Entwicklung zu stellen. Die Energiewende muss in Europa auch über

Deutschland hinaus vorangebracht werden. Dabei gilt es immer sicherzustellen, dass es keine Wettbewerbsverzerrungen gibt und Kernelemente der industriellen Basis wie z.B. die Salzgitter AG Entwicklungsperspektiven behalten.

Im letzten Jahr habe ich außerdem stark um die nächste EU-Strukturfondsperiode der europäischen Strukturfonds ESF (Europäischer Sozialfonds), EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) und ELER (Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums) gekümmert. Zum einen in der parlamentarischen Beratung in Brüssel, zum anderen aber auch in einer Vielzahl von Veranstaltungen in Niedersachsen. Diese Instrumente sind für die Infrastruktur-, Innovations- und Arbeitsmarktpolitik in Niedersachsen von großer Bedeutung. Von 2007-2013 hat Niedersachsen aus dem EU-Haushalt über 2.6 Milliarden Euro dafür erhalten. Es ging um die Verbesserung der europäischen Ansätze und die Berücksichtigung der Notwendigkeiten in Niedersachsen. Die alte Landesregierung in Niedersachsen hat die europäischen Mittel leider nicht optimal und zielgerichtet eingesetzt. Hier gibt es seit dem 20. Januar eine neue gute Geschäftsgrundlage. Nun wird es keine Gießkannenpolitik und Gutsherrenverteilung der Mittel geben, sondern Politik zur Stärkung von Strukturen, Innovationen und Beschäftigung durch europäisches Geld. Hier ist insbesondere auf die neuen Möglichkeiten der Regionalen Kooperation hinzuweisen, die in das Konzept der neuen Landesregierung in Niedersachsen sich einfügen.

Wenn man nun aber auf die jüngsten Verabredungen der europäischen Staats- und Regierungschefs blickt, zieht Gefahr auf. Mit den Verabredungen zu einer weitere al-

leine aufs Sparen angelegten Strategie und zur Kürzung des EU-Haushalts wird eine nachhaltige Strukturpolitik konterkariert. Forschung, Entwicklung und Arbeitsmarktmittel sollen gekürzt werden, die Agrarpolitik allerdings nicht. Also Kartoffeln statt Innovation und Mais statt Oualifikation. Gerade für Niedersachsen hat diese im Wesentlichen durch die Bundesregierung und die britische Regierung zu verantwortende Politik fatale Folgen. Gerade die Region der ehemaligen Bezirksregierung Lüneburg darf nicht wie geplant zu förderungswürdigen Übergangsregion zur besonders stark gekürzten Untergangsregion werden. Hier müssen andere Prioritäten durchgesetzt werden.

In den sitzungsfreien Wochen und am Rande der 40 Sitzungswochen bin ich sooft es geht im Bereich der SPD Bezirke Hannover, Braunschweig und Nord-Niedersachsen in Niedersachsen unterwegs, besuche SPD-Gliederungen, nehme Einladungen als Referent innerhalb und außerhalb der Partei und viele weitere Termine z.B. auch an Schulen wahr.

Offenheit und Transparenz sind wesentliche Merkmale einer Demokratie, daher gebe ich laufend Auskunft über meine Arbeit. Aktuelle Infos:

- www.bernd-lange.de: Pressemitteilungen, Informationen, Termine, u.v.m.
- Newsletter "Europa-Info": Alle 14 Tage per Email Aktuelles über meine Arbeit in Europa für Niedersachsen erfahren. http:// www.bernd-lange.de/aktuell/europa-info/
- Bürgersprechstunde: Die Termine werden auf meiner Internetseite veröffentlicht.
- Regelmäßige Beiträge im Niedersachsenvorwärts.

Kontakt: Europabüro, Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover, Telefon: 0511/1674-210, Email: mail@bernd-lange.de, www.berndlange.de

Wie ihr wisst, ist der Wahlkreis eines Europaabgeordneten riesiggroß. Die Arbeit ist daher nur durch die gute Zusammenarbeit mit den Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen in den Ortsvereinen, Unterbezirken und Bezirken zu leisten. Ich danke euch herzlich für euer Engagement und die gute Unterstützung.

Euer Bernd Lange

Vorsitzende in den SPD-Unterbezirken

Unterbezirk Celle Meyer, Rolf

Unterbezirk Diepholz Schlegel, Astrid

Unterbezirk GöttingenOppermann, Thomas

Unterbezirk Hameln-Pyrmont Lösekrug-Möller, Gabriele

Unterbezirk Region Hannover Miersch. Dr. Matthias

Unterbezirk Landkreis Harburg Feindt, Klaus-Dieter

Unterbezirk Hildesheim Brinkmann, Bernhard Unterbezirk Holzminden Tippelt, Sabine

Unterbezirk Lüneburg Schröder-Ehlers, Andrea

Unterbezirk Nienburg
Tonne-Jork, Elke

Unterbezirk Northeim – Einbeck Schwarz, Uwe

Unterbezirk SchaumburgBecker, Karsten

Unterbezirk Uelzen/Lüchow-Dannenberg Dehde, Klaus-Peter

Abgeordnete des SPD-Bezirks Hannover

Europaparlament

Lange, Bernd

Deutscher Bundestag Name (Wahlkreis)

Brinkmann, Bernhard (49, Hildesheim)
Bulmahn, Edelgard (43, Hannover-Stadt II)
Edathy, Sebastian
(41, Nienburg II, Schaumburg)
Lösekrug-Möller, Gabriele
(47, Hameln-Pyrmont, HOL)
Lühmann, Kirsten * (Celle, Uelzen)
Marks, Caren (44, Hannover-Land I)
Miersch, Dr. Matthias
(48, Hannover, Land II)
Oppermann, Thomas (54, Göttingen)
Priesmeier, Dr. Wilhelm
(53, Goslar, Northeim, Osterode)
Tack, Kerstin (42, Hannover-Stadt I)

Niedersächsischer Landtag Name (Wahlkreis)

Andretta, Dr. Gabriele (17, Göttingen-Stadt) Becker, Karsten (37, Schaumburg) Brinkmann, Markus (22; Sarstedt, Bad Salzdetfurth) Brunotte, Marco (LL, Platz 7) Erkan, Mustafa (LL, Platz 23) Heiligenstadt, Frauke (18, Northeim) Höntsch, Michael (28, Hannover-Mitte) Lesemann, Dr. Silke (29; Laatzen) Lynack, Bernd (21; Hildesheim) Politze, Stefan (27, Hannover-Ricklingen) Schmidt, Maximilian (LL, Platz 21) Schminke, Ronald (16, Göttingen-Münden) Schröder-Ehlers, Andrea (49, Lüneburg) Schröder-Köpf, Doris (LL, Platz 12) Schwarz, Uwe (19, Einbeck) Tippelt, Sabine (LL, Platz 31; Holzminden) Tonne, Grant Hendrik (LL, Platz 5) Watermann, Ulrich (LL, Platz 9) Weil, Stephan (25, Hannover-Buchholz) Wernstedt, Dr. Thela (26, Hannover-Linden)

^{*} Landesliste (LL)

Mitgliederentwicklung 2001 bis 2012

Gliederung	2001	2002	2003	2004	2005	5006	2007	2008	5009	2010	2011	2012
Celle	1.394	1.349	1.290	1.223	1.226	1.193	1.161	1.087	1.066	1.049	1.037	1.020
Dienhol7	-0,64	-3,23	1 437	-5,19	0,25	1 201	-2,68	-6,37	-1,93	-1,59	-1,14 1,066	1,64
10.1	-1,55	17,4-	-5,53	-6,42	-2,16	-1,68	-3,64	-5,79	-2,47	-2,89	-3,96	-4,69
Göttingen	3.133	3.026	2.856	2.689	2.650	2.640	2.570	2.504	2.514	2.453	2.486	2.408
•	-0,32	-3,42	-5,62	-40,86	-1,45	-0,38	-2,65	-2,57	0,40	-2,43	1,35	-3,14
Hameln-Pyrmont	5.626	2.495	2.344	2.177	2.093	2.064	1.972	1.858	1.807	1.746	1.731	1.683
	-2,09	-4,99	-6,05	-7,12	-3,86	-1,39	-4,46	-5,78	-2,74	-3,38	-0,86	-2,77
Hannover-Land*	8.192	8.068	7.982	7.768								
	-3,31	-1,51	-1,07	-2,68								
Hannover-Stadt*	5.617	5.539	5.373	5.227								
	-2,13	-1,39	-3,00	-2,72								
Region Hannover*	13.355	12.995	12.195	11.324	11.157	10.804	10.450	10.013	692.6	9.502	9.450	9.118
	-1,85	-2,70	-6,16	-7,14	-1,47	-3,16	-3,28	-4,18	-2,44	-2,73	-0,55	-3,51
LK Harburg	1.560	1.542	1.461	1.379	1.383	1.371	1.341	1.292	1.280	1.256	1.249	1.229
	3,59	-1,15	-5,25	-5,61	0,29	-0,87	-2,19	-3,65	-0,93	-1,88	-0,56	-1,84
Hildesheim	5.199	5.001	4.708	4.392	4.297	4.244	4.105	3.876	3.737	3.629	3.611	3.475
	-0,65	-3,81	-5,86	-6,71	-2,16	-1,23	-3,28	-5,58	-3,59	-2,89	-0,50	-3,77
Holzminden	1.989	1.926	1.807	1.694	1.641	1.576	1.472	1.385	1.332	1.291	1.252	1.200
	-0,40	-3,17	-6,18	-6,25	-3,13	-3,96	-6,60	-5,91	-3,83	-3,08	-3,02	-4,15
Lüneburg	1.428	1.369	1.306	1.243	1.260	1.270	1.248	1.213	1.215	1.241	1.237	1.197
	-0,56	-4,13	-4,60	-4,82	1,37	62'0	-1,73	-2,80	91,0	2,41	-0,32	-3,23
Nienburg	1.330	1.284	1.224	1.149	1.115	1.114	1.083	1.034	1.001	955	196	939
	1,06	-3,46	-4,67	-6,13	-2,96	60'0-	-2,78	-4,52	-3,19	-4,60	0,63	-2,29
Northeim	3.155	3.071	2.912	2.683	2.581	2.512	2.420	2.312	2.201	2.133	2.083	1.987
	-1,77	-2,66	-5,18	-2,86	-3,80	-2,67	-3,66	-4,46	-4,80	-3,09	-2,34	-4,61
Schaumburg	3.103	2.972	2.771	2.580	2.496	2.481	2.382	2.264	2.188	2.134	2.115	2.038
	-0,83	-4,22	-6,76	-6,89	-3,26	-0,60	-3,99	-4,95	-3,36	-2,47	-0,89	-3,64
Uelzen	1.319	1.272	1.207	1.149	1.109	1.100	1.058	1.018	972	957	985	926
	-0,23	-3,56	-5,11	-4,81	-3,48	-0,81	-3,82	-3,78	-4,52	-1,54	2,93	-2,94
Bezirk Hannover	41.184	39.820	37.515	35.024	34.320	33.660	32.506	31.028	30.225	29.457	29.263	28.263
	-1,01	-3,31	-5,79	-6,64	-2,01	-1,92	-3,43	-4,55	-2,59	-2,54	-0,66	-3,42
_	-450	-1.364	-2.305	-2.491	-704	099-	-1.154	-1.478	-803	-268	-194	-1.000

* = Die beiden Unterbezirke Hannover-Stadt und Hannover-Land sind im Februar 2005 zum Unterbezirk Region Hannover fusioniert, werden hier aber statistisch bereits ab 2003 gemeinsam erfasst.

Büros der Unterbezirke im SPD-Bezirk Hannover

SPD-Unterbezirk Celle

Große Plan 27 29221 Celle Postfach 14 63 29204 Celle

Tel.: 0 51 41 - 2 66 62 FAX: 0 51 41 - 21 48 81 Büroleiter: Mathias Frank www.spd-celle.de celle@spd.de

SPD-Unterbezirk Diepholz

Bremer Str. 25 27211 Bassum Postfach 13 64 27203 Bassum Tel.: 0 42 41 - 44 03 FAX: 0 42 41 - 53 16 Büroleiterin: Maren Pjede www.spd-diepholz.de diepholz@spd.de

SPD-Unterbezirk Göttingen

Nikolaistraße 30 37073 Göttingen Tel.: 05 51 - 5 03 11 0 FAX: 05 51 - 5 03 11 22 Büroleiterin: Silvia Geserick-Drewes

www.spd-ub-goettingen.de goettingen@spd.de

SPD-Unterbezirk Hameln-Pyrmont Heiliggeiststraße 2

31785 Hameln Tel.: 0 51 51 - 1 07 33 80 FAX: 0 51 51 - 1 07 33 94 Büroleiter: Peter Schulze www.spd-hameln-pyrmont.de hameIn-pyrmont@spd.de

SPD-Unterbezirk Region Hannover

Odeonstraße 15/16 30159 Hannover Tel.: 05 11 - 1674 - 249 05 11 - 1674 - 240 FAX: 05 11 - 1674 - 267 05 11 - 1674 - 266 Geschäftsführerin: Dr. Uta Biermann Büro: Beate Hollstein, Birgit Morad, Anja Wilhelmy www.spd-region-hannover.de region.hannover@spd.de

SPD-Unterbezirk Landkreis Harburg

Steinbecker Straße 24 21244 Buchholz Tel.: o 41 81 - 53 58 FAX: 0 41 81 - 3 19 58 Geschäftsführerin: Monika Strecker www.spd-lkharburg.de landkreis-harburg@spd.de

SPD-Unterbezirk Hildesheim

Rathausstraße 13B 31134 Hildesheim Tel.: 0 51 21 - 3 46 30 FAX: 0 51 21 - 3 15 45

Büroleiterin: Birgit Abraham (in Elternzeit)

Andre Borowsky

Büro: Elisabeth Stellmach www.spd-ub-hildesheim.de hildesheim@spd.de

SPD-Unterbezirk Holzminden

Obere Straße 32 37603 Holzminden Tel.: 0 55 31 - 50 39 FAX: 0 55 31 - 1 08 62 Büroleiter: Daniel Meier www.spd-ub-holzminden.de holzminden@spd.de

Büros der Unterbezirke im SPD-Bezirk Hannover

SPD-Unterbezirk Lüneburg

Auf dem Meere 14/15 21335 Lüneburg Tel.: 0 41 31 – 3 31 18 FAX: 0 41 31 – 3 31 04 Büroleiterin: Anke Boye www.spd-kreis-lueneburg.de lueneburg@spd.de

SPD-Unterbezirk Nienburg

Georgstraße 28 31582 Nienburg/Weser Postfach 17 70 31567 Nienburg Tel.: 0 50 21 – 37 38 FAX: 0 50 21 – 1 45 64 Büroleiterin: Christine Rinne www.spd-landkreis-nienburg.de nienburg@spd.de

SPD-Unterbezirk Northeim-Einbeck

Scharnhorstplatz 8 37154 Northeim Tel.: 0 55 51 – 36 67 FAX: 0 55 51 – 6 69 41 Büroleiterin: Katja Oltmanns www.spd-northeim-einbeck.de northeim-einbeck@spd.de

SPD-Unterbezirk Schaumburg

Brennerstraße 8 31737 Rinteln Tel.: 0 57 51 – 26 44 FAX: 0 57 51 – 4 45 51 Büroleiterin: Sandra Schäfer www.spd-schaumburg.de schaumburg@spd.de

SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg

Lütnöw-Dameriberg

Lüneburger Straße 42
29525 Uelzen

Postfach 19 47
29509 Uelzen

Tel.: 05 81 – 52 81

FAX: 05 81 – 52 90

Büroleitung: Saskia Pauls / Jan Henner
Putzier

www.spd-uelzen.de

www.spd-luechow-dannenberg.de
uelzen.luechow-dannenberg@spd.de

Α		Brauer, Jutta	4
	_	Braun, Kurt-Joachim	5
Abraham, Birgit	63	Bretthorst, Alfred	5
Adam, Nadine	43	Brinkmann, Bernhard	60, 61
Albers, Michael	19	Brinkmann, Markus	15, 41, 61
Albrecht-Engel, Ines	43	Brunkhorst, Daniel	15, 49, 71
Aller, Heiner	12	Brunotte, Marco	19, 61
Andretta, Gabriele	13, 61	Buddensiek, Ines	41
Arconada, Dario	48	Bugla, Ludger	19
		Bulmahn, Edelgard	15, 61
В		Butte, Rüdiger	5
Backhaus, Erich	4	D	
Bade, Heike	20		
Baris, Suna	43	Dehde, Klaus-Peter	20,60
Bartels, Anne	71	Diener-Wohner, Claudia	19
Bartels, Hannes	16	Dießner, Ron	71
Barthel, Klaus	41	Dietze, Jürgen	21, 47, 48
Bartholomäus, Jost Alexander	41	Domm, Christina	41
Baßek, Karl	5	Doneck, Peter	5
Becker, Karsten	20, 60, 61	Drabke, Wilhelm	16, 47
Beckord, Heike	19	Drebold, Lars	49
Behbehani, Helmi	_	Diebola, Lais	43
Behrens, Hans Uwe	19, 43	E	
Behr, Ibrahim	41 16	_	
Beilschmidt, Katja		Ebeling, Michael	47
	4	Edathy, Sebastian	47 47, 61
Benkelberg, Herbert Berger, Anne-Kathrin	4	Engelmann, Hans	• • •
•	41	Engelskirchen, David	5 16
Berg-Wachter, Doris	5		
Beuter, Isabel	44	Erkan, Mustafa	61
Biank, Michael	41	Evers, Jürgen	5
Biermann, Uta	20, 63, 71	_	
Bisanz, Burkhard	41	F	
Blau, Frank	20		
Bohr, Inga	43	Fahlbusch, Frank	4
Böhrs, Sebastian	48	Fahncke, Barbara	19
Bonin, Hinrich	19	Feindt, Klaus-Dieter	16, 19, 20, 40, 60
Bornemann, Manfred	70	Finke, Karl	16, 53
Borowsky, Andre	63	Fischer, Natalie	44
Bösselmann, Frank	19	Franke, Brigitta	43,44
Boye, Anke	64	Frank, Mathias	63
Brandenburger, Maren	16, 49	Franz, Ulf-Birger	15
Brand, Marina	20	Freese, Christel	43
Brase, Sabine	44	Freter, Wolfgang	16, 49

Fricke, Rita Friedemann, Waltraud	4 15, 43, 44	Hollstein, Beate Honé, Birgit	63, 71 13
Friedrich, Heidi	16	Höntsch, Michael	61
Friedrichs, Heidi	20, 40	Hufschmidt-Bergma	nn, Katja 43, 44
Friedrichs-Seidel, Miriam	16, 44	Hupe, Lampert	4
Froböse, Otto	5	Husmann, Udo	15
		Huxhold, Erika	2, 11, 14, 15, 17, 35, 44, 70
G			
Candada Andra		I	
Gaedecke, Andrea	43	Intomann Hoinz	-
Gamoori, Afra	44	Intemann, Heinz	5
Ganzer, Hanne Lore	5	J	
Gehrdau, Sven	41	,	
Geisler, Heinrich Geserick-Drewes, Silvia	5	Jagau, Hauke	15 47
	63	Jänicke, Hildegard	15, 47
Geuter, Renate	47		4
Gierke, Sonja	20	John, Sascha Jüttner, Wolfgang	15
Gintner, Grazyna	43	Jutther, wongang	7, 15
Glatzke, Erna	4	K	
Gombert, Tobias	70, 71	K	
Grebe, Marlies	19	Vaisar Vlaus	46 50
Gronenberg, Lea	71	Kaiser, Klaus	16, 52
Groskurt, Ursula	43	Kasimier, Helmut	4
Gründel, Achim	19	Kasten, Heidrun	19
Gutacker, Hermann	5	Keune, Hannes	49
н		Kexel, Martina	44
П		Kirçi, Alptekin Klauder, Manfred	9,15
Hache, Wilhelm	-	Klecha, Stephan	8 11 15 17 27 25 40 44
Häfner, Sigrid	5 27	Klingbeil, Johanna	8, 11, 15, 17, 27, 35, 40, 44
Hansmann, Silke	•	Killigbell, Johanna Kohl, Hans	49
Härke, Harald	44 47	Köhne, Britta	4
Harms, Thomas	47 16, 53	Kolle, Horst	70
Hartmann, Franz	49	Konior, Thomas	4
Hasselhorn, Dr. Martin	49 4	Kraft, Hannelore	41
Haut, Regina	15, 43, 44	Kreutze, Andreas	13 47
Heiligenstadt, Frauke	13, 15, 27, 61	Kröpelin, Andreas	47 15, 70
Heine, Gerhard	15, 15, 27, 01	Kuntscher, Leonard	19,49
Hein, Remmer	5 71	Kutzer, Wolf	8, 15
Held, Jürgen	16	Ratzei, Woll	٥, ١٦
Hellemann, Heidrun	71	L	
Herar, Yasin	71	-	
Herbeck, Sebastian	7 · 19	Lagershausen, Knud	71
Hojnatzki, Rolf	16, 20, 40	Lange, Bernd	15, 19, 47, 56, 61
riojiiatzki, koli	10, 20, 40	Lange, Demu	13, 19, 47, 30, 01

Le Butt, Philip	10	N	
Lesemann, Silke	19 15, 47, 61	14	
Leuschner, Sigrid		Nahles, Andrea	13
Lies, Olaf	15 9	Neumann, Christina	-
Lösekrug-Möller, Gabriele	•	Nicholls, Robert	44 16, 47
•	9, 15, 27, 60, 61		
Löser, Jessica	19, 27	Niebuhr, Horst	4
Lüdecke, Wilhelm	5	Noack, Friedrich	4
Lühmann, Kirsten	19, 44, 61	•	
Lynack, Bernd	61	0	
M		Oltmanns, Katja	64
		Oltrogge, Lutz	41
Mahler, Dana	48	Öngel, Seynal	71
Marks, Caren	15, 44, 61	Oppermann, Thomas	60, 61
Markurth, Andreas	47	Ott, Cornelia	19
Martens, Kirsten	43	,	.,
Massing, Angelika	2,70	Р	
Matterne, Christoph	2, 15, 71	•	
Matysiak, Gerwin	53	Pauls, Saskia	64
Meier, Daniel	63	Peter Schulze	63
Meier, Sylvia	15	Pjede, Maren	63
Meinhold, Walter	9	Plaue, Axel	15
Merkel, Birgit	19	Podolski, Hannelore	5
Merkel, Heike	70	Pohla, Monika	70
Merk, Heidi	70 44	Politze, Stefan	61
Merten, Jürgen	44	Pörksen, Anke	27, 47
Meyer-Bergmann, Kurt	19	Priebe, Walter	40,70
Meyer-Grosu, Frauke	71	Priebs, Axel	40, 70
Meyer, Rolf	19,60	Priesmeier, Wilhelm	47 61
Miersch, Dr. Matthias	19,00	Probst, Karl-Friedrich	41
Miersch, Matthias	44, 60, 61	Prüfer, Horst	19
Mittendorf, Erwin	44,00,01	Pühl, Manfred	71
Möhrmann, Ingrid	-	Putzier, Jan Henner	20,64
Moldenhauer, Luzia	44	rutziei, Jan riennei	20, 04
Molle, Renate	15, 19, 43, 44	R	
Mönkemeyer, Friedrich	5	N.	
	19	Dakoviski Androas	4-
Mönkemeyer, Karl-Heinz	48	Rakowski, Andreas	15
Morad, Birgit	63, 71	Rappe, Ingeburg	5
Müller, Renate	71	Reich, Katrin	71
Müntefering, Franz	53	Reimann, Carola	44
Murkovidc, Bertina	44	Riedel-Elsner, Andrea	43
		Riedel, Kirsten	71
		Riegel Frieda	20
		Riethig, Marcel	19

Rinke, Christa	70, 71	Stellmach, Elisabeth	63
Rinne, Christine	15, 64	Stenzel, Horst	16
Robert Nicholls, Robert	48	Stephan, Inga	16, 49
Röchert, Marion	70	Stoephasius, Rainer	5
Rosenkranz, Inge	5	Strauch, Andreas	71
Röttger, Friedhelm	5	Strecker, Monika	20, 63
Rundt, Cornelia	44	Struck, Dr. Peter	5
Rüter, Michael	15, 17	Suchanek, Beata	71
		Surup, Gudrun	19
S		Süsselbeck, Marga	2, 15, 35, 40, 70
Salzburger, Ursula	44	т	
Schäfer, Sandra	64	•	
Schell, Hansjörg	15, 35	Tack, Kerstin	15, 44, 61
Schiefer, Michael	رد، در 41	Tauss, Margitta	19
Schilff, Dietmar	47	Tegtmeier, Ralph	20
Schlegel, Astrid	47 15, 43, 60	Tegtmeier, Torsten	16, 52
Schlote, Stephan	16, 43	Teichgräber, Hedi	
Schmalstieg, Herbert		Terzenbach, Karl	4
Schmidt, Heinz	47	Thiele, Ulrike	5
	42		15 60 61
Schmidt, Maximilian	15, 19, 27, 61	Tippelt, Sabine Tölle, Hartmut	15, 60, 61 16
Schminke, Ronald	61	•	· ·
Schneider, Arne	48	Tonne, Grant Hendrik	• • • •
Scholz, Olaf	13	Tonne-Jork, Elke	7, 15, 19, 42, 43, 60
Schön, Doris	5	Toth, Sándor	70, 71
Schostok, Stefan	6, 7, 12, 15, 20, 27, 47	Trebchen, Rainer	5
Schröder-Ehlers, Andrea	15, 60, 61		
Schröder-Köpf, Doris	44, 61	U	
Schultert, Reinhold	_5		
Schulze, Peter	15, 63	Urbroch, Hans-Jürgei	n 4
Schütte, Ines	70, 71		
Schwarz, Elisabeth	5	V	
Schwarz, Uwe	15, 17, 60, 61		
Schwesig, Manuela	13	van der Zanden, Lisa	49
Seeler, Silva	12	von Pogrell, Annette	15, 43
Segalen, Elena	71		
Seguin, Rosemarie	5	W	
Seiberl, Cornelia	49		
Sieber, Martin	41	Watermann, Ulrich	7, 15, 27, 61
Steenblock, Reinhard	4	Wehmeier, Elisabeth	5
Stefanie Adler	71	Weil, Stephan	9, 12, 13, 14, 20, 27, 41, 61
Steinberg, Sören	19	Weiß, Thomas	15
Steinbrück, Peer	13	Welke, Kathrin	70
Steinmeier, Frank-Walter	. 13	Werner, Heike	15, 71
•	-	•	.

Manustalt Duaf Dalf	
Wernstedt, Prof. Rolf	27
Wernstedt, Thela	61
Wertmüller, Sebastian	47
Westermann, Matthias	19
Wiedenbohm, Klaus	16, 55
Wilhelmy, Anja	63, 71
Willers, Gabriele	20, 41
Willers, Jan-Hendryk	41
Witte, Matthias	41
Wolf, Dieter	41
Wolters, Christian	41
Wulfes, Friedchen	5
Wüst-Buri, Christine	19
Wüstrich, Wolfgang	48
Wycisk, Marlene	44
Z	
Zeimet, Ute	70

Telefonverzeichnis



SPD-Bezirk Hannover Ltd. Geschäftsführer Huxhold, Erika 276 Gf Bereich Bildung Gombert, Tobias 214 Gf Bereich Service/Parteileben/Finanzen Süsselbeck, Marga 219 Gf EDV-Beratung/Veranstaltungsmanagement Kröpelin, Andreas 252 **Buchhalter** Priebe, Walter 246 Druckerei Bornemann, Manfred 230 Empfang/Werbemittel Merkel, Heike 256 Schütte, Ines 256 Toth, Sándor 256 Zeimet. Ute Mitarbeiterin Beitragsverwaltung 244 Mitarbeiterin Bildung Schütte. Ines 213 Mitarbeiterin Buchhaltung Welke, Kathrin 215 Mitarbeiterin Ltd. Geschäftsführer/Bezirksbüro Massing, Angelika 275 Mitarbeiterin Mitgliederverwaltung Rinke, Christa 218 Mitarbeiterin Personal Pohla, Monika 216 Mitarbeiterin Service/Parteileben/AG'en Röchert, Marion 224 Köhne. Britta 224 Auszubildende Damla Kuyupinar 217 Jusos 264 Fax Politische Bildung 237 Faxgerät Bezirk (05 11) 13 17 57 7

Telefonverzeichnis

Europabüro und Abgeordnetenpool MdEP Lange Persönliche Referentin MdEP Lange Presse u. Öffentlichkeitsarbeit MdEP Lange Wissenschaftlicher Referent MdEP Lange Faxgerät Mitarbeiterin MdB Marks Mitarbeiterinnen MdB Miersch Mitarbeiterin MdL Brunotte Mitarbeiter MdL Lesemann Mitarbeiter MdL Politze	Bartels, Anne Reich, Katrin Strauch, Andreas Riedel, Kirsten Hellemann, Heidrun Meyer-Grosu, Frauke Segalen, Elena Öngel, Seynal Lagershausen, Knud	e 302 340 342 341
Mitarbeiter MdL Höntsch	Brunkhorst, Daniel	295
Faxgerät Abgeordnetenpool		343
SPD-Landesverband Niedersachsen Landesgeschäftsführerin Landesbüro Vorsitzender Stephan Weil Gf (Themen / Zielgruppenarbeit / AG's) Gf (Neue Medien / Redaktionssystem) Politische Bildung Sekretariat Politische Bildung Öffentlichkeitsarbeit / Presse Buchhaltung Mitarbeiterin Juso Landesverband Faxgerät Landesverband Niedersachsen SGK Niedersachsen Mitarbeiterin	Werner, Heike Suchanek, Beata Gronenberg, Lea Hein, Remmer Matterne, Christoph Gombert, Tobias Schütte, Ines Dießner, Ron Müller, Renate Stefanie Adler Pühl, Dr. Manfred Rinke, Christa	200 212 200 221 234 214 213 / 271 222 325 / 223 (0 41 41) 95 27 20 287 42 11 261 218
SPD in der Region Hannover		
Büroleiter	Biermann, Dr. Uta	257
Mitarbeiterin/Buchhaltung	Hollstein, Beate	247
Mitarbeiterin	Wilhelmy, Anja	249
Mitarbeiterin	Morad, Birgit	243
Mitarbeiter	Herar, Yasin	241
Jusos	•	235
		266
Faxgerät Region Hannover		200
Sonstiges Gaststätte Kurt S. Sitzungsraum Bezirk Sitzungsraum Erdgeschoss		²⁷³ ²³⁸ ²⁴⁸
Verwaltungsgesellschaft	Toth, Sándor	253
- •		